

JUGEND

# inform

3/2005

*„imagine –  
your photos  
will open  
my eyes“*

*Eine Fotogalerie  
von Jugendlichen  
aus aller Welt*

jugendhilfe & schule

Neue Lernkulturen  
durch außerschulische  
Akteure?

Shruti Pandey, 10 J., Kathmandu/Nepal

LANDSCHAFTS  
VERBAND  
RHEINLAND

LVR



Qualität für Menschen

# in eigener sache

An einer Integration von Kinder- und Jugendpolitik einerseits und Bildungspolitik andererseits führt kein Weg vorbei. Für die Kindertageseinrichtungen wird zum Beispiel das beabsichtigte Vorziehen des Schuleintrittsalters und die geplante Intensivierung der vorschulischen Sprachförderung in NRW erhebliche Auswirkungen haben. Auch bezüglich der angekündigten qualitativen Verbesserung der Offenen Ganztagschule wird die Hürde zwischen „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ – Neuschaffung von möglichst vielen Plätzen – und „Bildungsqualität“ nur durch eine weiterhin enge Kooperation überwindbar sein.

Die neue Landesregierung hat aber die Bereiche Schule und Jugend zu Gunsten der Schwerpunkte Generationen und Familie wieder in zwei Ministerien getrennt. Zwischen schulischer Bildung und vor- bzw. außerschulischer Bildung droht damit das zarte Pflänzchen der Annäherung zu vertrocknen.

Oder konnte sich die in den letzten Jahren gewachsene „gemeinsame Augenhöhe“ der Partner in der Tiefe verwurzeln und damit die notwendige Gestaltungskraft entwickeln, um dauerhafte Kooperationsstrukturen zu entwickeln?

Jedenfalls ist jetzt nicht mehr auf eine ergiebige künstliche Bewässerung und eine ausreichend kontrollierte Düngung zu verzichten. Wahrscheinlich werden sich Ministerin und Minister persönlich als Gärtner betätigen müssen, damit die Wachstumskräfte erhalten bleiben.

Aber auch die vielen engagierten Akteure in Jugendhilfe und Schule sind gefordert: Zum Wohle unserer Kinder.

Ihr



Michael Mertens  
Leiter des Dezernates „Schulen, Jugend“

## INHALT

### Schwerpunkt

Kooperation mit außerschulischen Akteuren:  
Chance für eine neue Lernkultur in Schule? 3

### Schlaglicht

Armutsentwicklungen bei Kindern: jugend-  
und bildungspolitische Lösungsansätze 10

Studie: Schüler/-innen blicken skeptisch  
in ihre berufliche Zukunft 13

U-25 Förderung zum Internationalen  
Tag der Jugend gefordert 15

### Das Projekt

Quartiersmanagement „Hafen“ in der  
Dortmunder Nordstadt 16

„Imagine“ – ein weltweites Fotoprojekt  
mit Kindern und Jugendlichen 19

Konzepte der Technik in der Praxis von  
Jugendhilfe (und Schule) 20

### NRW

Kooperationsstrukturen entwickeln:  
3. AFG nimmt Jugendämter in die Pflicht 21

MSW plant 50.000 neue Ganztagsplätze  
an Hauptschulen 23

Ansprechpartner für die OGS bei  
den Jugendämtern im Rheinland 24

„Ganztag“: Broschüren, Tagungen,  
Fortbildungen, Wettbewerbe & mehr 25

### BUND

Ganztagsschulkongress 2005 in Berlin 29

Hessen: Jugendverbände gestalten  
Ganztagschulen mit 31

Aufruf für einen Bildungspakt zwischen  
Jugendhilfe und Schule 32

UN-Kinderrechtskonvention: Die Rechte  
des Kindes im deutschen Schulwesen 33

### LVR/Landesjugendamt

Konferenz „Jungen & Gesundheit“ 36

Jugendhilfe REPORT 3/05:

„Familienberatung: Neue Ziele – neue Wege“ 37

### Impressum

37

## Schule & soziale Netzwerke

# Kooperation von Schulen mit außerschulischen Akteuren – Chance für eine neue Lernkultur?

von Jens Lipski

Allgemein bildende Schulen und insbesondere Ganztagschulen sind zur Erfüllung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags mehr denn je auf die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern angewiesen.

Durch das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB), das die Bundesregierung im Jahre 2003 in Gang gesetzt hat, um in Deutschland Ganztagschulen zu fördern und zu verbreiten, bekam auch die Erforschung der Zusammenarbeit von Schulen mit außerschulischen Akteuren einen hohen politischen Stellenwert.

Das Deutsche Jugendinstitut hat sich in dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projekt „Schule und soziale Netzwerke“ schon seit längerer Zeit dieses Themas angenommen. Ausgangspunkt war dabei die Frage, wie und in welchem Ausmaß allge-

mein bildende Schulen heutzutage mit außerschulischen Akteuren kooperieren, und wie weit sich die schulische Arbeit durch eine solche Zusammenarbeit verändert hat.

Zur Beantwortung der ersten Frage wurden in einer repräsentativen Studie 5.000 Schulleiter/-innen allgemein bildender Schulen sowie über 1.000 Kooperationspartner dieser Schulen im gesamten Bundesgebiet schriftlich befragt. Zur zweiten Frage hat das Projektteam an 24 ausgewählten Schulen mit Schulleiter/-innen, Lehrer/-innen, Eltern sowie Schüler/-innen intensive Gespräche geführt.

### „Neue Lernkultur“ – eine aktuelle bildungspolitische Frage

Die Ganztagschule soll durch eine längere und verlässliche Betreuung der Kinder und Jugendlichen zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen. Die Einführung dieser Schulform ist aber auch mit der Hoffnung verknüpft, dass durch eine neue Lernkultur der gerade in Deutschland besonders ausgeprägte Zusammenhang zwischen schulischer Leistung und sozialer Herkunft gemindert bzw. nach Möglichkeit ganz aufgehoben werden kann. Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat mit Blick auf die Notwendigkeit einer neuen Lernkultur zu Recht moniert, dass Ganztagschule nicht ein unverbundenes Nebeneinander von Unterricht und außerunterrichtlichen Aktivitäten bedeuten kann. Dementsprechend forderte sie eine konzeptionelle Einheit von Unterricht und außerunterrichtlichen Aktivitäten.

**Projekt „Schule und soziale Netzwerke. Nutzung außerschulischer Ressourcen für eine lebenswelt- und gemeinwesenorientierte Schulentwicklung“**

*Laufzeit:* Mai 2001 – April 2004

*Auftraggeber:* Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

*Methoden:* Repräsentative schriftliche Befragung von über 5000 Schulleiter/-innen und über 1000 Kooperationspartnern im gesamten Bundesgebiet; leitfadengestützte Interviews mit Schulleiter/-innen, Lehrkräften, Eltern, Schüler/-innen von 24 ausgewählten Schulen

*Durchführung:* Andrea Behr-Heintze, Jens Lipski

## SCHWERPUNKT



Magdalena Mielke, 12 J., Berlin/Germany

Die Voraussetzungen für eine neue Lernkultur sind bisher kaum bzw. noch nicht gegeben: Die Entwicklung einer solchen Kultur im Sinne einer konzeptionellen Einheit von Unterricht und außerunterrichtlichen Aktivitäten erfordert eine intensive Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Prinzipien von Jugendhilfe (wie Freiwilligkeit, Pluralität, Lebensweltorientierung) und Schule (wie Verpflichtung, Standardisierung, Lehrplanorientierung, Zukunftsbezug) sowie mit der Frage ihrer möglichen Zusammenführung. Zurzeit herrscht noch überwiegend eine strikte Arbeitsteilung zwischen schulischen und außerschulischen Kräften vor. Die Lehrer/-innen sind vor allem für den vormittäglichen Unterricht zuständig, während die außerschulischen Kräfte hauptsächlich die außerunterrichtlichen Nachmittagsangebote organisieren und durchführen. Auch fehlen weitgehend gemeinsame Diskussionsforen und Planungsgremien. Solche Bedingungen sind aber kaum dafür geeignet, dass schulische und außerschulische Kräfte eine gemeinsame pädagogische Konzeption entwickeln und praktizieren können. Die aktuelle bildungspolitische Frage lautet daher: Inwieweit kann die gewünschte konzeptionelle Einheit von Unterricht und außerunterrichtlichen Aktivitäten eingelöst und umgesetzt werden? Oder wird es weiterhin eher „Parallelwelten“ von Unterricht und außerschulischen Aktivitäten geben?

### Die Kooperationskultur ist an Schulen weit verbreitet

Nach den Ergebnissen des Projekts „Schule und soziale Netzwerke“ hat sich an fast allen befragten Schulen *unabhängig von der Ganztagschulentwicklung* eine Kultur der Kooperation mit einem breiten Spektrum an außerschulischen Akteuren etabliert. Die Zusammenarbeit erstreckt sich auf folgende zentrale Felder:

1. Schulunterstützende Dienste wie Hort, Erziehungsberatung, Schulsozialarbeit, schulpsychologischer Dienst, Schulstation, Mediation, Förderzentrum;
2. Einrichtungen und Betriebe in der Kommune wie Arbeitsamt, Berufsberatung, Betriebe, kulturelle Einrichtungen (wie z. B. Bibliotheken, Museen), Kirchen und Glaubens-

- gemeinschaften, Gericht/Justiz/Polizei/Feuerwehr, Gemeindeverwaltung/Ämter, Sportvereine, Jugendzentren/-clubs;
3. andere Schulen;
4. Sponsoren;
5. Eltern;
6. Schüler/-innen;
7. andere Personen, z. B. Handwerker, „Künstler in die Schulen“.

Drei Viertel aller Schulen kooperieren in mindestens vier der oben genannten Kooperationsfeldern. Die wichtigsten Partner der Schulen sind dabei die schulnahen Dienste, die Einrichtungen und Betriebe in der Kommune sowie die anderen Schulen. In der Regel unterhalten die Schulen bilaterale Beziehungen zu den außerschulischen Akteuren. Ansätze einer komplexeren Vernetzung findet man bei der Kooperation der Schulen untereinander. In diesen Schulnetzwerken wird auch das Internet stärker als Kommunikationsmittel mit der Außenwelt genutzt, insbesondere aber als Intranet des Schulverbunds.

Bei fast der Hälfte aller befragten Schulen (42 %) liegt bereits ein Schulprogramm vor. Da diese Programme vor allem auf die Entwicklung allgemeiner, fächerübergreifender Kompetenzen abzielen (z. B. Förderung sozialer Kompetenz), bieten sie gute Ansatzpunkte für eine Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern. Bei der überwiegenden Mehrheit dieser Schulen stellen die eingegangenen Kooperationen entsprechend auch einen Beitrag zu den Zielen des Schulprogramms dar.

Die Zusammenarbeit mit Schulen dauert bei dem Großteil der Kooperationspartner (80 %) länger als zwei Jahre und weist auf eine Verstetigung dieser Zusammenarbeit hin.

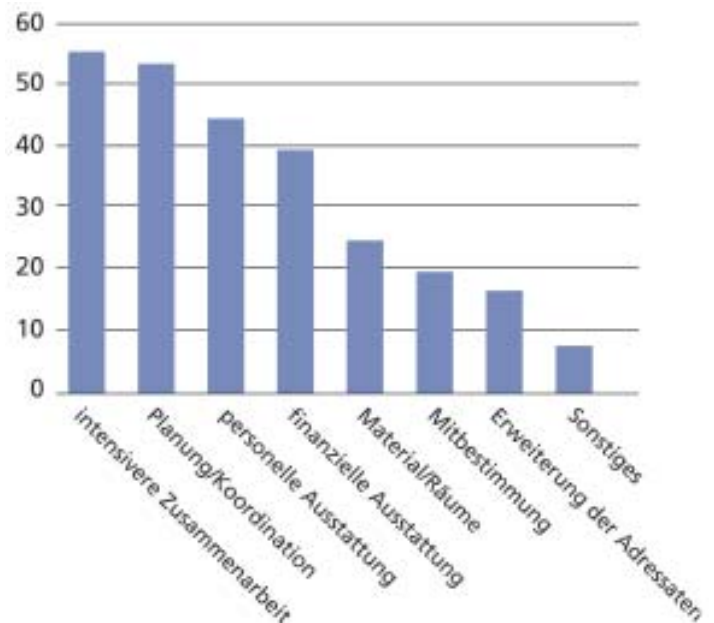
Die Intensität der Kooperation ist allerdings unter-

schiedlich. Auf Grund der Vielfalt an Partnern findet man normalerweise an jeder Schule die ganze Bandbreite von mehrmaligen Kontakten in der Woche bis zu wenigen Kontakten im Jahr. Die Kooperations-Projekte sind allerdings zurzeit nur teilweise rechtlich und finanziell abgesichert, und die Mehrheit der Kooperationspartner ist nicht in den Schulgremien vertreten und hat somit auch kein institutionalisiertes Mitspracherecht.

Mit welchen Partnern eine Schule jeweils zusammenarbeitet, wird in starkem Maße von der Schulform bestimmt. So arbeiten Grundschulen und Hauptschulen, aber auch Ganztagschulen mehr mit schulunterstützenden Diensten zusammen als Realschulen und Gymnasien. Die Zusammenarbeit mit Einrichtungen und Betrieben in der Kommune ist am ehesten bei Hauptschulen anzutreffen. Ganztagschulen und Gymnasien kooperieren vor allem mit anderen Schulen. Gemeinsame Projekte mit Schüler/-innen entwickeln am häufigsten die Gymnasien.

Die überwiegende Mehrheit der Kooperationspartner (76 %) ist mit der Zusammenarbeit mit Schulen im Großen und Ganzen zufrieden. Knapp ein Viertel wünscht sich allerdings eine Verbesserung im Sinne einer Intensivierung und genaueren Abstimmung der Zusammenarbeit (siehe Abbildung).

Die Ergebnisse zeigen, dass bei den Schulen die Bereitschaft zur Zusam-



**Gewünschte Verbesserungen der Kooperation**  
Angaben der unzufriedenen Kooperationspartner in % (n = 242)

menarbeit mit außerschulischen Akteuren grundsätzlich vorhanden ist und dementsprechend auch wahrgenommen wird; ferner ist die überwiegende Mehrheit der Kooperationspartner mit der Zusammenarbeit zufrieden.

Wie aber verändert sich durch diese Zusammenarbeit die schulische Arbeit selbst? Dazu im Folgenden einige Ergebnisse des Projekts „Schule und soziale Netzwerke“.

### Kooperation mit außerschulischen Partnern ermöglicht neue Erfahrungs- und Handlungsräume

Durch die Kooperation mit Betrieben beispielsweise kommen die Schüler/-innen aller Schulformen (außer der Grundschule) mit der Welt der Arbeit in Berührung, die nach anderen Prinzipien als die Schule organisiert ist. In der Regel haben es die Jugendlichen dort mit Teamarbeit zur Herstellung von Produkten (Waren, Dienstleistungen) zu tun. Auch ist das Lernen in diesen Welten stärker in die Abläufe der Produktion eingebettet. Anstelle des *schulischen Lemens auf Vorrat* findet hier eher ein *Lernen nach aktuellem Bedarf* statt. Die grundlegenden Merkmale der Arbeitswelt wie Ernsthaftigkeit, Verantwortungübertragung, Leistungsanforderung, das Erstellen sichtbarer Ergebnisse, direkte Rückmeldung auf eigene Handlungen sowie die damit einhergehende „Wichtigkeit der eigenen Person“ werden von den Schüler/-innen sehr geschätzt.

### Kooperationsangebote erweitern die individuelle Förderung

Neben den bisher üblichen Maßnahmen zur Kompensation unterrichtsbezogener Defizite (z. B. Hausaufgabenhilfe, Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund) eröffnen sich verstärkt Möglichkeiten zur Förderung von individuellen Interessen und Begabungen (z. B. durch außerunterrichtliche Arbeitsgemeinschaften und Freizeitangebote am Nachmittag). Darüber hinaus wird auch vermehrt die individuelle Lebensführung gefördert und unterstützt (z. B. individuelle Beratung oder Unterstützung bei der Berufsorientierung durch die Schulsozialarbeit). Werden im Rahmen der Zusammenarbeit unterrichtsübergreifende bzw. außerunterrichtliche

## Kooperation mit der Jugendhilfe/Jugendsozialarbeit

*Im Focus des Projektes stand die Kooperation mit verschiedenen außerschulischen Akteuren. Aussagen gezielt zur Jugendhilfe bietet der folgende Auszug aus der Zusammenfassung der zentralen Befunde und Empfehlungen im Projektabschlussbericht, von A. Behr-Heintze, J. Lipski, München: 2004, Seite 36 - 38 (Quelle: www.dji.de).*

### Stärkere Integration von Schule und Jugendhilfe

Nach Nieslony (Nieslony, F., 1997: Zur Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule. Seite 6) beschränkt sich die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe/Jugendsozialarbeit in Form der Schulsozialarbeit bisher auf drei Grundmuster: Schulsozialarbeit als außerunterrichtlicher oder freizeitpädagogischer Fachbereich in der Ganztagschule (freizeitpädagogischer Ansatz), Schulsozialarbeit als Teil eines sozialen Beratungsdienstes der Schule (Beratungsansatz) und Schulsozialarbeit als Sozialarbeit in der Schule unter Einbeziehung von Jugendhilfeträgern (Jugendhilfeansatz). Der im Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ vorgesehene Ausbau von Ganztagschulen ist auf eine wesentlich engere Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe im Sinne der gemeinsamen Entwicklung einer „neuen Lernkultur“ angewiesen.

### Entwicklung gemeinsamer Ziele von Schule und Jugendhilfe

Auch wenn Schule und Jugendhilfe sich in ihrer Verfasstheit grundsätzlich unterscheiden und auch eigenständige Bildungsaufträge haben, für die sie ihre eigenen Methoden verwenden, müssten sie im Zusammenwirken in der Schule das gleiche Ziel verfolgen: die Unterstützung der Schüler für einen positiven Bildungsverlauf. Während sich in Deutschland die Schulsozialarbeit auf die Unterstützung benachteiligter Schüler konzentriert, ist die schwedische Form der Schulsozialarbeit auf die Förderung aller Schüler ausgerichtet. Eine partnerschaftliche Zusammenarbeit unterschiedlicher Professionen gilt an schwedischen Schulen als selbstverständlich. Die Kooperation von Lehrern, Sozialpädagogen, Psycho-

## SCHWERPUNKT

Projekte realisiert, kommt es häufig zu einer Spezialisierung und damit zu einem individualisierten Lernen der an den Projekten beteiligten Schüler/-innen, was zu deren Zuwachs an Kompetenzen beiträgt.

### Parallelwelten von Unterricht und außerunterrichtlichen Aktivitäten

Ogleich durch die Angebote außerhalb des Unterrichtes den Schüler/-innen neue Räume des Erfahrens und Handelns eröffnet werden, wird der Unterricht als das eigentliche Kerngeschäft von Schule dadurch kaum tangiert. So wurde beispielsweise die Möglichkeit einer stärkeren Lebensweltorientierung des Unterrichts in den befragten Schulen nicht dadurch genutzt, dass man den Unterricht an den Erfahrungen der Schüler/-innen in der Arbeitswelt und dem daraus resultierenden Wissensbedarf orientiert. Allerdings stellen die üblichen Blockpraktika genau genommen auch nur einen kurzen Ausflug in die Arbeitswelt dar. Deren Nachbereitung konzentriert sich lediglich auf die Abfassung und Bewertung der Praxisberichte und bietet wenig Raum, um die Erfahrungen der Arbeitswelt in der erforderlichen Weise aufzuarbeiten und den entstandenen Wissensbedarf zu befriedigen.

Auch die Schulsozialarbeit und weitere befragte Partner machten die Erfahrung, dass ihr unmittelbarer Einfluss auf den Unterricht sehr begrenzt ist. Die übereinstimmenden Berichte der schulischen Partner legen den Schluss nahe, dass die Zusammenarbeit von Schule mit außerschulischen Akteuren keineswegs zwingend in eine neue Lernkultur im Sinne einer Zusammenführung von unterrichtlicher Fächerorientierung und außerunterrichtlicher Lebensweltorientierung mündet. Wenn nach den Erfahrungen des Projekts „Schule und soziale Netzwerke“ aus der Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern sich nicht automatisch eine neue Lernkultur entwickelt, dann bedarf es offensichtlich weitergehender bildungspolitischer Maßnahmen, um die Forderung nach einer konzeptionellen Einheit von Unterricht und außerunterrichtlichen Aktivitäten einzulösen.



Nguyen The Duc, 11 J., Din Tien/Vietnam

Ferner ist zu bedenken, dass außerschulische Kräfte wesentlich weniger als Lehrkräfte kosten: Nach Aussagen der befragten Schulleiter/-innen machen die Kosten für eine Stunde nicht einmal ein Drittel der Kosten einer Lehrerstunde aus. Dieser Sachverhalt könnte in Zukunft vorhandene Tendenzen zu einem „Outsourcing“ noch verstärken, d. h. zu einer zunehmenden Verlagerung der außerunterrichtlichen Aktivitäten auf andere Akteure und Institutionen und damit zu einer weitgehenden Abtrennung dieser Aktivitäten vom Unterricht führen. So lag beispielsweise in einer Schule aus Kostengründen die Durchführung der Freizeitaktivitäten vollkommen in den Händen außerschulischer Partner, der Schulsozialarbeiter fungierte lediglich als Koordinator dieser Freizeitaktivitäten.

#### Der Unterricht dient auch außerunterrichtlichen Aktivitäten und Projekten

Eine neue Lernkultur verlangt die konzeptionelle Einheit von Unterricht und außerunterrichtlichen Aktivitäten.

Das Augenmerk der *Kultusministerkonferenz* richtet sich dabei in besonderem Maße auf die Entwicklung außerunterrichtlicher Aktivitäten im Sinne individueller unterrichtsbezogener Förderung (z. B. Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund oder Hausaufgabenhilfe).

logen, Berufsberatern und Schulkrankenschwestern hat das gemeinsame Ziel, für alle Schüler die bestmöglichen Lernbedingungen herzustellen. Mit der Begründung, dass nur ein psychisch und physisch gesundes Kind gut lernen kann, versuchen die unterschiedlichen Professionen mit ihren jeweils eigenen Methoden ideale Bedingungen für den Schulbesuch zu schaffen. Der entscheidende Unterschied zum Verständnis von Schulsozialarbeit in Deutschland liegt darin, dass man sich nicht nur auf sozial auffällige Schüler konzentriert. Dieses erweiterte Augenmerk auf alle Schüler sollte auch für die Kooperation von Schule und Jugendhilfe in Deutschland angestrebt werden. Präventive Schulsozialarbeit sollte folglich bereits in Grundschulen zum Standard gehören und an weiterführenden Schulen ausgebaut werden.

#### Finanzierung

Ein großes Problem stellt die Finanzierung der Schulsozialarbeit dar, da sie eine freiwillige Leistung der Kommune ist. Wohl ist die Jugendhilfe in § 13 KJHG zur Zusammenarbeit mit der Schule verpflichtet, die Schulen selbst befinden sich jedoch in permanenter Unsicherheit, wie lange und in welchem Ausmaß die Schulsozialarbeit finanziert wird. Hier entspringt der dringende Wunsch der befragten Schulen nach einer verlässlicheren Form der Finanzierung.

Der *Ganztagsschulverband* dagegen vertritt die Vorstellung, dass eine neue Lernkultur an Ganztagschulen auch die Reform des Unterrichts selbst mit einschließt. Die Nachmittagsangebote müssten auch auf die Interessen und Bedürfnisse der Schüler/-innen eingehen; ebenso müssten alternative Unterrichtsformen möglich sein.

Nach den Erkenntnissen des *Projekts „Schule und soziale Netzwerke“* kann sich die konzeptionelle Einheit nicht in der zusätzlichen Einrichtung von Hausaufgabenhilfen sowie von unterrichtsbezogenen Fördermaßnahmen erschöpfen. Damit bliebe entsprechend den Erfahrungen der größte Teil der jetzt schon an den Schulen vorhandenen außerunterrichtlichen Aktivitäten und Projekte unberücksichtigt. Die Ganztagschulen sollten Unterricht auch dazu nutzen, dass Schüler/-innen sich vorwiegend jenes Wissen aneignen können, das sie benötigen, um außerunterrichtliche und außerschulische Aktivitäten und Projekte initiieren und durchführen zu können. Wenn der Unterricht in besonderem Maße auch der Entwicklung und Förderung von außerunterrichtlichen Projekten dient – und nicht umgekehrt: außerunterrichtliche Aktivitäten nur dem Unterricht –, dann besteht die Chance, dass Schüler/-innen das in der Schule erworbene Wissen auch in Alltagssituationen anwenden können.

Um „trägem Wissen“ vorzubeugen und den Schüler/-innen ein Wissen zu vermitteln, das sie auch praktisch anwenden können, wird das so genannte „*situierte Lernen*“ empfohlen, d. h. ein Lernen im praktischen Umgang mit lebensweltlichen Problemen (Weinert 2000, 1996). Die gerade geschilderte Möglichkeit einer Verknüpfung des Unterrichts mit außerunterrichtlichen Aktivitäten und Projekten würde genau dieser Empfehlung entsprechen und auch dafür sorgen, dass es sich bei den „authentischen“ Problemen in der Regel um reale, ernsthafte und nicht nur um eingekleidete fachspezifische Probleme handelt. Dieses *Lernen nach aktuellem Bedarf* entspricht im übrigen genau der Praxis, die für das lebenslange Lernen erforderlich ist.

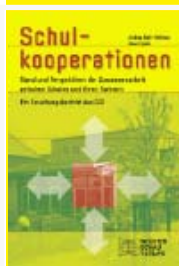
#### Bildungspolitische Maßnahmen zur Entwicklung einer neuen Lernkultur

Wenn nach den Ergebnissen des Projekts „Schule und soziale Netzwerke“ eine konzeptionelle Einheit *allein* durch die Zusammenarbeit von Schule mit außerschulischen Partnern aller Wahrscheinlichkeit nach *nicht* zustande kommt, dann ist die Bildungspolitik gefordert, dafür die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Eine konzeptionelle Einheit von Unterricht und außerunterrichtlichen Aktivitäten setzt die *gleichberechtigte* Zusammenarbeit von schulischen und außerschulischen Kräften voraus. Dies entspricht auch der Forderung der *Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ)*, dass Schule und Jugendhilfe gemeinsam pädagogische Konzeptionen für Kinder und Jugendliche entwickeln und erproben sollen.

Eine solche Zusammenarbeit „auf gleicher Augenhöhe“ ist letztlich aber nur möglich, wenn auf Seiten der Schule das bisher vorherrschende Konzept eines *lehrplangesteuerten Lernens* mehr und mehr durch ein *kontext-gesteuertes Lernen* abgelöst wird. Dadurch wird den schulischen Lehrkräften mehr Handlungsfreiheit gegeben, insbesondere im Hinblick auf die aus der jeweiligen Situation entstehenden Anforderungen und Prioritäten. Diese Entwicklung mag im Augenblick utopisch erscheinen, ist aber die logische Konsequenz, um auch in Zukunft eine Korrespondenz zwischen Schule und Gesellschaft

#### Qualifizierung und Veränderung des Professionsverständnisses

An allen Schulen wurde von Akzeptanzproblemen und Unsicherheiten von Seiten des Lehrerkollegiums zu Beginn der Kooperation berichtet. Gelingende Schulsozialarbeit setzt jedoch neben qualifiziertem Personal auch die Bereitschaft der Lehrkräfte voraus, sich auf diese Unterstützung einzulassen. Das Grundproblem scheint in der gegenseitigen Unkenntnis der beiden Systeme Schule und Jugendhilfe zu liegen. Diese Unkenntnis führt leicht zu Vorurteilen und falschen Erwartungen. Beide Berufsgruppen sollten bereits während ihrer Ausbildung besser auf das gemeinsame Feld in der Schule vorbereitet werden. Denkbar wären Hospitationen im jeweils anderen Tätigkeitsfeld sowie eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema Schulsozialarbeit in der Lehrerbildung. Bereits bestehende Teams könnten durch kurzfristige Fortbildungen oder Supervision in ihrer Arbeit unterstützt werden. In der Aus- und Fortbildung von Lehrern sollte darüber hinaus langfristig das bisherige professionelle Selbstverständnis der Lehrer erweitert werden, das vor allem bei den Lehrern weiterführender Schulen stark durch die Rolle als „Wissensvermittler“ geprägt ist. Dies könnte zum Beispiel in Form des Nachweises geschehen, dass auch der Unterricht ein Ort der Persönlichkeitsentwicklung und des sozialen Lernens ist. Die Einsicht, dass die von den Lehrern durchgeführten Aktivitäten der „Wissensvermittlung“ zugleich Einübungen in ein bestimmtes Sozialverhalten sind („heimlicher Lehrplan“), würde klar machen, dass das gesamte Arbeitsgebiet der Schule, d.h. auch das Unterrichtsgeschehen ein von Lehrern und Sozialarbeitern gemeinsam weiter zu entwickelndes Feld ist.



Die Projektergebnisse sind veröffentlicht in:  
Andrea Behr-Heintze,  
Jens Lipski:  
„Schulkooperationen:  
Stand und Perspektiven  
der Zusammenarbeit  
zwischen Schulen und ihren Partnern“.  
Ein Forschungsbericht des DJI.  
188 S. EUR 19,80. ISBN: 3-89974-164-1

## SCHWERPUNKT

herzustellen. Denn nur durch Angleichung der schulischen an die außerschulischen Lebens- und Lernbedingungen kann die Ausbildung derjenigen Fähigkeiten gewährleistet werden, die unsere Gesellschaft zunehmend benötigt.

Die Konzeption der geplanten OECD-Studie zur Ermittlung der Erwachsenenkompetenzen (OECD/DeSeCO 2003) macht deutlich, dass es sich bei diesen Fähigkeiten vor allem um Kompetenzen des Projektmanagements im weitesten Sinne handelt, d. h. die Fähigkeit

- Projektziele zu bestimmen,
- einen Plan zur Erreichung der festgesetzten Ziele aufzustellen,
- den tatsächlichen Fortgang des Projekts an Hand dieses Plans immer wieder zu überprüfen und eventuell notwendige Korrekturen vorzunehmen,
- die für den Fortgang des Projekts erforderlichen Mittel zu identifizieren und zu beschaffen, wozu vor allem auch theoretisches und praktisches Wissen gehören,
- die Aufgaben- und Rollenverteilung entsprechend den Projektanforderungen sowie unter Berücksichtigung gruppendynamischer Prozesse zu gestalten.

Im Kern geht es um die Realisierung der klassischen Bildungskonzeption, wonach Bildung eine *Ko-Evolution* von Person und Umwelt darstellt. Das heißt: die Bildung des Individuums findet im Prozess der Gestaltung seiner konkreten materiellen und sozialen Umwelt statt. Entsprechend sollte das Augenmerk der mit Bildungsplanung befassten Personen wieder stärker auf die Entwicklung und Förderung konkreter gesellschaftlicher Projekte in den Bildungseinrichtungen und gleichermaßen auf die Projekteffekte wie die Lerneffekte bei den Projektbeteiligten gerichtet sein. Denn Lernen und Bildung stellen nicht einen Wert an sich dar, der Wert dieser Prozesse liegt vor allem darin, wie weit sie zu einer souveränen Lebensführung und zu einer lebenswerten Gesellschaft beitragen.

#### Literatur

- OECD/DeSeCO (2003): Definition and Selection of Competencies: The-

oretical and Conceptual Foundations (DeSeCo). Summary of final report. Key Competencies for a Successful Life and a Well-Functioning Society.

- Weinert, F. E. (1996): Lerntheorien u. Instruktionsmodelle. Göttingen
- Weinert, F. E. (2000): Lehren und Lernen für die Zukunft – Ansprüche an das Lernen in der Schule. Pädagogische Nachrichten Rheinland-Pfalz, 2, Sonderseiten 1-16

Kontakt: Deutsches Jugendinstitut e.V., Nockherstr. 2, 81541 München  
Ansprechpartner: Jens Lipski, Telefon 089/2306-30; E-Mail: lipski@dji.de

Erstveröffentlichung in  
DJI Bulletin 71/Sommer 2005  
© dji



Djot Elisa Joao , 11. J., Inhambane/Mozambique

## DJI-Forschungsprojekte im Kontext des Ausbaus von Ganztagsangeboten an Schulen – ein Überblick

**SCHWERPUNKT**

Neben dem hier vorgestellten Projekt „Schule und soziale Netzwerke“ führt(-e) das Deutsche Jugendinstitut noch weitere Forschungsprojekte im Kontext des Ausbaus von Ganztagsangeboten an Schulen durch.

### Projekt „Kooperation von Schule mit außerschulischen Akteuren“

Das Projekt (Laufzeit: 01.03.04 bis 31.12.06) soll einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Kooperation von Schule mit außerschulischen Akteuren im Kontext des Investitionsprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“ leisten. Die Kooperation von Schule mit außerschulischen Akteuren bezieht sich auf eine Vielfalt von Inhalten. Neben unterrichts- bzw. fachbezogenen stehen auch außerunterrichtliche bzw. lebensweltorientierte Inhalte. Entsprechend vielgestaltig sind die Kooperationsformen hinsichtlich der Partnerauswahl, der Dauer, Verbindlichkeit und Intensität.

Das Forschungsvorhaben besteht aus einem Dokumentations- und einem Forschungsstrang:

- Zentrale Aufgabe des Dokumentationsstrangs ist es, die Erfahrungen der Kooperation von Schulen und außerschulischen Akteuren in Form „guter Beispiele“ zu identifizieren, zu beschreiben und zu dokumentieren – mit dem Ziel, daraus

Anregungen und Hinweise für die Gestaltung neuer Kooperationsformen zwischen Schule und außerschulischen Akteuren zu gewinnen.

- Ein Ziel des parallel durchzuführenden Forschungsstrangs ist es, die Auswirkungen solcher Kooperationen auf die Schulentwicklung, die Angebotsstruktur und die damit zusammenhängenden neuen Handlungs- und Lernmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler zu ermitteln.

### Projekt „Gestaltung von Ganztagsangeboten“

Gegenstand des (abgeschlossenen) Projekts war eine Bestandsaufnahme aktueller Entwicklungen und die exemplarische Darstellung guter Beispiele der Gestaltung von Ganztagsangeboten für Schulkinder durch die Kinder- und Jugendhilfe. Aufgaben des Projekts waren

- a. eine Bestandsaufnahme über aktuelle Entwicklungen von Ganztagschulen in den Bundesländern zu erstellen, mit dem Ziel, einen Einblick in rechtliche, finanzielle und organisatorische Rahmenbedingungen für die Gestaltung von Ganztagsangeboten durch die Kinder- und Jugendhilfe zu geben;

- b. Beispiele guter Praxis der Gestaltung von Ganztagsangeboten zu identifizieren und zu dokumentieren, die Perspektiven für eine Gestaltung von Ganztagsangeboten durch die Kinder- und Jugendhilfe aufzeigen.

Die Ergebnisse der Erhebungen und Recherchen sind der Kommission des Zwölften Kinder- und Jugendberichts zur Verfügung gestellt sowie für die Erarbeitung des Kinder- und Jugendberichts aufbereitet worden.

### Projekt „Ganztagsangebote für Schülerinnen und Schüler“

Neben der traditionellen Ganztagschule wurden in den letzten Jahren in den meisten Bundesländern neue Konzepte pädagogischer Ganztagsangebote entwickelt, die vor allem in offenen oder kooperativen Formen existieren. Diese Modelle wurden am DJI mittels einer qualitativen Fallstudie an insg. 16 Schulen untersucht.

Die Ergebnisse der bereits abgeschlossenen Untersuchung zeigen, dass ganztagsschulische Konzepte mit ihren Lernmöglichkeiten in der Verbindung von Freizeit und Unterricht, den erweiterten Förderkapazitäten und den umfassenden Gelegenheiten für soziales Lernen eine breite Akzeptanz unter Eltern, Lehrkräften und Schüler/-innen erreichen. Angesichts des wachsenden Bedarfs an solchen Konzepten scheint es



aber auch dringlich, bei der weiteren Erprobung und Implementierung solcher Modelle das Augenmerk auf Qualitätskriterien und Mindeststandards zu legen, damit nicht Kernpunkte dieser pädagogischen Innovation der Schlangenhaut in den öffentlichen Haushalten zum Opfer fallen.

Die Ergebnisse des Projekts sind als Buch im DJI-Verlag erschienen.

### Koordinationsstelle „Jugendhilfe – Schule“

Das schlechte Abschneiden Deutschlands bei PISA hat die Jugend- und bildungspolitische Diskussion hierzulande neu entfacht. Im Mittelpunkt der nun vermehrt geforderten Schaffung eines „Gesamtzusammenhangs von Bildung, Erziehung und Betreuung“ (KMK/JMK) steht dabei – neben dem Bildungsauftrag des Kindergartens – die kooperativ, d.h. unter Einbezug außerschulischer institutioneller Partner zu gestaltende Ganztagschule. Hier gilt es, schnittstellenbezogene Qualitätskriterien und Handlungsbedarfe bei der systematischen Verkopplung formaler, non-formaler und informeller Bildung herauszuarbeiten, „good practice“ zu identifizieren und den Wissenstransfer zu befördern.

Aber auch jenseits der Ausgestaltung ganztägiger Bildungsangebote an Schulen existiert eine Reihe von Schnittstellen der Kooperation von Jugendhilfe und Schule – und dies sowohl hinsichtlich (bildungs-)biographisch bedeutsamer Statuspassa-

gen (z.B. Kita/Grundschule; Schule/Beruf), als auch in Bezug auf einfallbezogene (z.B. Hilfen zur Erziehung), zielgruppenspezifische (z.B. Benachteiligtenförderung) und/oder allgemeinbildende-präventive (z.B. kulturelle Jugendbildung) Handlungsfelder und Angebotsgestaltungen. All diese Kooperationsfelder und -dimensionen gewinnen derzeit zudem an jugend-, familien-, sozial- und bildungspolitischer Relevanz.

Die Koordinationsstelle (Laufzeit: 01.06.04 bis 31.12.05) arbeitet eng mit den derzeit laufenden DJI-Forschungsprojekten zur Ganztagschule zusammen. Sie bindet aber auch andere Einzelprojekte nach Möglichkeit in querschnittsbezogene Fragestellungen ein – z.B. im Rahmen der AG Jugendhilfe – Schule. Ziel ist es, projektübergreifende Resultate und Forschungsbedarfe im erweiterten Bezugsrahmen einer Kooperation von Jugendhilfe und Schule auf der Ebene der beiden Gesamtsysteme zu reflektieren.

### Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen (StEG)

Der Auf- und Ausbau schulischer Ganztagsangebote spielt in der aktuellen Bildungsreformdebatte eine bedeutende Rolle. Die Länder starten in Verbindung mit dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB) des BMBF wichtige Reformvorhaben im schulischen Bereich bzw. setzen bestehende Initiativen und Programme fort.

Vor diesem Hintergrund wird mit der durch das BMBWF geförderten „Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen“/StEG (Laufzeit: 01.05.04 bis 31.12.07) ein länderübergreifendes Forschungsprogramm zur Entwicklung von Ganztagschulen und -angeboten durchgeführt. In Kooperation (Forschungskonsortium) mit dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) und dem Institut für Schulentwicklungsforschung (IFS) untersucht das Projekt am DJI größere Stichproben von Schulen in mehreren Erhebungswellen (Längsschnitt).

Dem Stand der Schul- und der Jugendforschung entsprechend wird hierzu eine große Zahl von pädagogischen Fachkräften, Schul- und Projektleitungen, Schülerinnen und Schülern, Eltern und außerschulischen Kooperationspartnern systematisch befragt. Auf der Basis einer relativ breiten Eingangserhebung (Frühjahr/Sommer 2005) umfassen die geplanten Untersuchungen und Analysen eine Reihe von unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten. Gestützt auf diese breite empirische Basis werden damit fundierte Aussagen über Gestaltung und Ergebnisse ganztägiger Angebote möglich.

Weitere Infos & Kontakt:

Deutsches Jugendinstitut e.V.,  
Nockherstr. 2, 81541 München

[www.dji.de](http://www.dji.de)

Quelle: DJI-Online



# Armutsentwicklungen bei Kindern ...

## ... aktuelle jugend- und bildungspolitische Lösungsansätze

von Mieke Park

### Armutsentwicklungen bei Kindern (und Jugendlichen)

In der Vergangenheit waren es hauptsächlich soziale Berufsgruppen, die sich des Themas „Kinder-/Jugendarmut“ annahmen. Allgemein wurde Armut bei Kindern und Jugendlichen als marginal eingestuft. Man versuchte ihr mit Hilfsmaßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe zu begegnen. Aufmerksamkeit in der breiten Öffentlichkeit hingegen bekamen damals wie heute insbesondere ältere Jugendliche, die für die Gesellschaft nicht mehr tragfähig schienen und/oder sich in schwierigen Lebenssituationen (z.B. Übergang von der Schule in den ersten Arbeitsmarkt) befanden.

Im Gegensatz dazu stellt die „Kinder-/Jugendarmut in Deutschland“ heute eine allgemein zugängliche und von Politik, Öffentlichkeit und Forschung breit diskutierte Thematik dar. So wurde beispielsweise im März 2005 der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung vorgelegt. Hintergrund einer derartigen Berichterstattung ist der Leitgedanke, „(...) dass eine detaillierte Analyse der sozialen Lage die notwendige Basis für eine Politik zur Stärkung sozialer Gerechtigkeit und zur Verbesserung gesellschaftlicher Teilhabe ist“ (Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Kurzfassung, S. XV, 2005).

Der Bericht analysiert die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen von 1998 bis – soweit Daten verfügbar waren – heute und konstatiert, dass Kinder und Jugendliche mit rund 1,1 Mio. zur mit Abstand größten Gruppe der Sozialhilfebezieher zu zählen sind und folglich zu den Bevölkerungsgruppen gehören, die am meisten gefährdet sind in Armut zu leben. Eine aktuelle Studie

des Paritätischen Wohlfahrtsverbands beziffert die von Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen sogar auf 1,7 Millionen.

Bei der Berechnung der Armutsgrenze wird die Definition einer „Armutsrisikoquote“ zugrunde gelegt. Sie bezeichnet den Anteil der Personen in Haushalten, deren „bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen“ weniger als 60% des Mittelwerts aller Personen beträgt. Die so errechnete Armutsriskogrenze beträgt in Deutschland 938,- EUR. Da das durchschnittliche Wohlstandsniveau demnach wesentlich über dem physischen Existenzminimum liegt, gilt in Deutschland der Begriff der „relativen Armut“; diese lässt Rückschlüsse zu auf die Ungleichheit in den Lebensverhältnissen einer Gesellschaft, sagt aber weniger aus über die absolute Situation von Menschen oder Bevölkerungsgruppen. „Relative Armut“ wurde von der EU wie folgt definiert: „Als verarmt sind jene Einzelpersonen, Familien und Personengruppen anzusehen, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar sind.“ (Ratsbeschluss der EU im Rahmen des 3. Armutsprogramms vom 19.12.1984). – In den nicht-industrialisierten Staaten gilt hingegen eine UN-Definition der „absoluten Armut“, die all diejenigen betrifft, die täglich weniger als einen US-Dollar in lokaler Kaufkraft zur Verfügung haben.

Es kann festgehalten werden, dass in Deutschland durchschnittlich mindestens jedes siebte Kind in Armut lebt. In zahlreichen Städten ist sogar jedes dritte Kind betroffen, beispielsweise in Berlin (29,9%), Görtz (35%), Bremerhaven (38,4%) oder Offenbach am Main (28,7%),

SCHLAG

LICHT

Armut bei Kindern



Khusbu Shrestha, 14 J., Gati - Sindhupalchowk district/Nepal



Dabei wächst mehr als die Hälfte der Kinder, die unter 18 Jahren sind und Sozialhilfe beziehen, im Haushalt von Ein-Elternteil-Familien auf – in vielen Fällen allein erziehende Frauen. Für sie wird aufgrund ihrer finanziellen Situation nach Trennung oder Scheidung bzw. aufgrund fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten übergangsweise ein Bezug von Sozialhilfe unumgänglich.

#### Auswirkungen von Armut

Als Entstehungsursachen für Armut und soziale Ungleichheit werden in den Fachdiskussionen unter anderem strukturelle Arbeitslosigkeit, mangelnde wirtschaftliche Dynamik und der Wandel zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft aufgeführt. Sicherlich gibt es aber auch noch weitere Faktoren.

Die möglichen Auswirkungen des „Aufwachsens in Armut“ sind komplex und vielfältig und für die betroffenen Kinder und Jugendlichen von weit reichender Bedeutung. Sie äußern sich u.a. in der Unterversorgung mit Existenzgütern, sozialer Ausgrenzung und Entwicklungsdefiziten bis hin zum Ausschluss von der Teilhabe an den Chancen und Handlungsspielräumen, zukünftig eine individuell gewünschte Lebensweise realisieren zu können.

Des Weiteren lässt sich seit der Veröffentlichung der Ergebnisse der ersten PISA-Studie im Jahr 2002 nicht mehr abstreiten, dass das deutsche Schulsystem bislang nicht nur kaum

in der Lage war, soziale Ungleichheiten zu kompensieren – die Benachteiligung setzt sich vielmehr in der schulischen Bildungslaufbahn fort. „Der Zugang zu höherwertigen Schul-, Ausbildungs- und Berufsabschlüssen und der Zugang zum Studium wird nach wie vor (...) durch Herkunft, Bildungsstand und berufliche Stellung der Eltern bestimmt. Der europäische und internationale Vergleich zeigt, dass dieser Zusammenhang in Deutschland überdurchschnittlich stark ausgeprägt ist.“ (Lebenslagen in Deutschland ..., S. XIV)

#### Jugend- und bildungspolitische Lösungsansätze ...

Die genannten Armutsentwicklungen verdeutlichen und führen in ihrer Gesamtmenge betrachtet zu dem

Ergebnis, dass der staatliche Transfer von monetären Leistungen als alleinige Strategie nicht ausreichen kann, das Phänomen Armut mit seinen weit reichenden Konsequenzen erfolgreich zu bewältigen. Gefordert sind vielmehr auch jugend- und bildungspolitische Konzepte.

Im Folgenden werden erste Lösungsansätze von Bund und NRW im Hinblick auf die Altersgruppe der Kinder bis 10 Jahre in den Blick genommen.

#### ... des Bundes

Das veränderte Selbstverständnis sozialstaatlichen Handelns hat die Bundesregierung dazu bewogen, einen Paradigmenwechsel innerhalb ihrer Gesellschaftspolitik einzuleiten; einen Perspektivenwechsel, der sich an einer Politik orientiert, die nachhaltig ausgerichtet ist, die „... Chancengleichheit nicht mehr in erster Linie durch sozialen Ausgleich, sondern durch [die] Sicherung gleicher Teilhabechancen...“ realisiert (Evelin Klein: Paradigmenwechsel der Gesellschaftspolitik, in: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, Nr. 2/2005, S. 63).

Auf Bundesebene begründen sich hierauf die Einführung des Gesetzes zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder (TAG) und das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB).

– Mit dem TAG stellt der Bund jährlich 1,5 Mrd. EUR für den bedarfsgerechten und qualitätsorientierten Ausbau der Kinderbetreuung zur Verfügung. Bedarf wird insb. bei der Kinderbetreuung für unter Dreijährige gesehen, vorrangig für



Kinder, deren Eltern erwerbstätig sind oder Arbeit suchen. Deutschland weist eine Betreuungsquote von 8,6% auf – der geschätzte Betreuungsbedarf liegt bei ca. 20%.

– Im Rahmen des IZBB investiert der Bund bis 2007 rund 4 Mrd. Euro in den Auf- und Ausbau von Ganztagschulen in den Bundesländern. Zum einen soll so die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert und sollen Familien bei der Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung unterstützt werden, indem Eltern(-teilen) die Erwerbstätigkeit ermöglicht wird. Zum anderen sollen mithilfe der Schaffung einer frühzeitigen fördernden Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur die Teilhabechancen von der sozialen Herkunft entkoppelt werden, um so allen Kindern gleichermaßen gute Voraussetzungen und gerechte Startchancen auf ihren Lebensweg mitzugeben.

In einem weiteren Schritt nimmt die Bundesregierung die Erziehungs- und Bildungskompetenz der Eltern in den Blick: Eltern-Kind-Zentren als Bestandteil der Ganztagsangebote in Kindertageseinrichtungen und Schulen sollen zukünftig ein flächendeckendes Netz von niedrigschwelligen Einrichtungen bilden, die die frühe Förderung von Kindern mit der Beratung von Eltern kombinieren. – Dies deckt sich mit den Empfehlungen des 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung, wobei die Autoren dort noch weitere Konsequenzen fordern: die Ausdehnung des Rechtsanspruchs auf einen Kinderbetreuungsplatz für unter Dreijährige und der Einstieg in die Gebührenfreiheit für Kinderbetreuung, um die „Armut-Bildungs-Spirale“ so früh wie möglich zu durchbrechen.

#### ... in NRW

Mit der Einführung der Offenen Ganztagschule im Primarbereich Anfang 2003 hat das Land NRW einen wichtigen Schritt hin zur frühzeitigen Förderung, Erziehung und Bildung von Kindern im Grundschulalter getan. Schule und Jugendhilfe stehen hier gemeinsam in der Verantwortung, u.a. dafür Sorge zu tragen möglichen Benachteiligungen frühzeitig entgegen zu arbeiten.

Was die weitere Entwicklung der Offenen Ganztagschule im Primar-

bereich anbelangt, so hat Ministerpräsident Dr. J.Rüttgers in seiner Regierungserklärung am 13.07.2005 deutlich gemacht, dass die neue Landesregierung in NRW die Ganztagsangebote in den Grundschulen qualitativ verbessern und die bisherige Zielmarke von 200.000 Ganztagsangeboten bis 2007 erweitern wird. Zudem sollen bis 2012 rund 50.000 vollwertige Ganztagsangebote an Hauptschulen geschaffen werden – und zwar vorrangig in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf bzw. sozial benachteiligten Stadtteilen. Das Ziel ist mehr individuelle Bildungsförderung für alle die Schüler/-innen, die bisher nicht ausreichend gefördert wurden.

Weiterhin will die neue Landesregierung, ähnlich wie auch der Bund, die Tageseinrichtungen für Kinder zu Familienzentren weiter entwickeln. So lässt sich in der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP zur Bildung einer neuen Landesregierung in NRW vom 20.06.2005 nachlesen, dass Tageseinrichtungen „neben ihrem Auftrag als Einrichtungen für Bildung, Erziehung und Betreuung von unter Dreijährigen, Kindergartenkindern und schulpflichtigen Kindern (...)“ zu „(...) Vermittlungszentren für Tagesmütter und -väter, Zentren für vorschulische Sprachförderung, zu schulvorbereitenden Einrichtungen für schulpflichtige, aber nicht schulreife Kinder und zu einem Knotenpunkt des Familien unterstützenden Netzwerkes in den Kommunen“ ausgebaut werden. Um diesem Auftrag gerecht werden zu können, wird zudem eine Qualitätssteigerung in der Aus- und Weiterbildung von Erzieher/-innen gefordert.

#### Resümee

Aus der Zusammenstellung der bisherigen Ansätze und Entwicklungen wird deutlich, dass sich vieles in der jugend- und bildungspolitischen Landschaft auf Bundesebene, aber auch in NRW im Um- und Aufbruch befindet. Dreh- und Angelpunkt ist dabei das Bewusstsein der Allgemeinheit, insb. aber der Jugend- und Bildungspolitik, für das Aufwachsen

von Kindern verantwortlich zu sein – und Armut zu verhindern bzw. erkannten Armutsfolgen entgegen wirken zu wollen. Dieses Bewusstsein verkörpert eine wichtige Voraussetzung für eine nachhaltige Zukunftssicherung unserer Gesellschaft.

Obgleich davon auszugehen ist, dass das System Familie im Leben von Kindern eine zentrale Stellung einnimmt und auch zukünftig einnehmen wird, gewinnen die außerfamiliären Lebensbereiche und damit die „öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen“ stetig an Bedeutung. Um es mit den Worten von Dr. Th. Rauschenbach zu formulieren: „Familien, ergänzt um die real existierende Halbtageschule, reichen als Orte des Aufwachsens, des Lernens und der Bildung nicht mehr aus, um den Anforderungen an Bildung, Betreuung und Erziehung zu Beginn des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden“ (Vortrag in Hamm am 11.02.2005).

Für die Träger und Akteure in der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch für die Lehrkräfte in den Schulen bedeutet das ein Mehr an Verantwortung für insbesondere Kinder bis 10 Jahren. Im gleichen „Atemzug“ müssen sie sich ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung bewusst werden, als „Anwälte“ der Kinder auf die Armut und ihre Folgen für Kinder gerade auch jenseits des eigenen Arbeitsfeldes aufmerksam zu machen.

*Miee Park war bis zum 30.09.2005 im Rahmen ihres Anerkennungsjahres beim LVR/LJA Rheinland tätig (im Praxisfeld Fachberatung „Offene Ganztagschule/Kooperation Jugendhilfe und Schule“).*

*Kontakt: mieepark@yahoo.de*



# Deutsche Jugendliche blicken skeptisch in berufliche Zukunft

## Jugend und Beruf – Repräsentativumfrage im Auftrag der Bertelsmann Stiftung zur Selbstwahrnehmung der Jugend in Deutschland

SCHLAG

LICHT

Jugendliche ohne berufliche Zukunft?

Mehr als die Hälfte der deutschen Jugendlichen zwischen 14 und 20 Jahren blickt skeptisch (42 %) oder sogar pessimistisch (10 %) in die berufliche Zukunft. Das ist das Besorgnis erregende Ergebnis einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, bei der insgesamt 779 Jugendliche im Alter von 14 bis 20 Jahren persönlich befragt wurden.

Danach ist die Stimmung unter den Jugendlichen alles andere als hoffnungsfroh: Mehr als jeder dritte Jugendliche (39 Prozent) macht sich große Sorgen darüber, keinen Ausbildungsplatz zu bekommen. 34 Prozent haben Angst davor, später in die Arbeitslosigkeit zu rutschen. Mehr als andere Ängste plagten die Jugendlichen folglich Zweifel bezüglich ihrer Leistungen in der Schule sowie des Erreichens der Wunschausbildung und -berufe.

Die Ausbildung und die Berufsentscheidung sind auch im Freundeskreis ein wichtiges Gesprächsthema. 37% der Jugendlichen sind sich nicht sicher, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, der ihren Vorstellungen und Erwartungen entspricht. Sogar 45% der Jugendlichen bezweifeln, dass sie nach der Ausbildung einen Arbeitsplatz finden werden, der ihren Vorstellungen und Erwartungen entspricht. Die Arbeitsplatzunsicherheit ist unter den Jugendlichen also noch größer als die Ausbildungsplatzunsicherheit.

### Hauptschüler: Verlierer im Kampf um Ausbildungsplätze

Besonders ausgeprägt scheint der Pessimismus bei Jugendlichen mit einfacher Schulbildung. Zwei Drittel der Hauptschüler blicken mit negativen Gefühlen in ihre berufliche Zukunft. Sie sehen sich selbst als die großen Verlierer im Kampf um Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Auch unter den

Realschülern ist noch jeder zweite Jugendliche skeptisch, was seine Zukunftschancen betrifft. Mehr als vier Fünftel aller Jugendlichen sind der Meinung, dass Schüler mit einem Hauptschulabschluss bei der Lehrstel-

im Jahr 2015 allein in der Altersgruppe der 30- bis 45-Jährigen mehr als drei Millionen Facharbeiter fehlen.

Insgesamt sind knapp zwei Drittel (63 Prozent) der Jugendlichen bereit, für ihr berufliches Vorankommen



Vadim Starkow, 16 J., Rubtsovsk/Russland

lensuche und anschließender Arbeitsplatzsuche benachteiligt werden.

„Unsere Studie zeigt, dass die Jugendlichen in Deutschland – insb. die Hauptschüler – durch die Misere am Arbeitsmarkt und den chronischen Lehrstellenmangel erhebliche Zukunftsängste haben“, so der Vorstandsvorsitzende der Bertelsmann Stiftung, Professor Heribert Meffert. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit habe bedrohliche Konsequenzen für die Volkswirtschaft. Jugendliche, die den Berufseinstieg verpassen, drohen zu Langzeitarbeitslosen zu werden, die für Jahrzehnte die Staatskasse belasten und dadurch nicht in die Sozialversicherungssysteme einzahlen können. Zudem würden, bedingt durch den demographischen Wandel, bereits

Opfer zu bringen. Grundsätzlich bekennt sich also die Mehrheit der Jugendlichen zu Leistung und Investitionen in die berufliche Zukunft. Immerhin ein gutes Drittel (37 Prozent) der Jugendlichen gibt jedoch privaten Interessen den Vorzug. Und: Pessimistisch eingestellte Jugendliche erteilen fast doppelt so häufig beruflichen Investitionen auf Kosten des Privatlebens eine Absage wie positiv Eingestellte.

Mit der gefühlten und tatsächlichen Benachteiligung der Hauptschulabsolventen wird ein gefährliches Potenzial an „Aussteigern“ und resignativen „Leistungsverweigerern“ geschaffen. Ein „Verlierergefühl“ entsteht nicht von alleine, sondern ist vor allem umweltbedingt. Mangeln-

de Leistungsbereitschaft ist zu einem Großteil auf mangelnde Motivation zurückzuführen. Den Benachteiligten der Gesellschaft, die noch dazu erst Heranwachsende sind, wird es aber schwer fallen, sich selbst und ohne fremde Hilfe zu motivieren. Sie brauchen massive Unterstützung von außen, um Selbst- und Zukunftsvertrauen zu entwickeln.

Hauptschüler sind passiver und wenig bereit, für einen Arbeitsplatz Opfer zu bringen. Aber: Häufig sind sie einfach unsicherer, resignativer und vom familiären Hintergrund her limitiert. Wenn es am Wohnort keinen Arbeitsplatz gäbe, käme es für 40% der Hauptschüler durchaus in Frage, erst einmal nichts zu tun und weiterzuhoffen. Sie sind also „schicksalsergebener“ und haben weniger Vertrauen in Eigeninitiativen.

#### Eigene Kontakte zum Berufsfeld beeinflussen die Berufswahl

Einen Mangel an Informationen zur Berufswahl beklagen die Jugendlichen nicht. Die wichtigsten Einflussgrößen auf die Wahl eines bestimmten Berufes sind direkte Kontakte zu diesem Berufsfeld und die Tätigkeit der Eltern. Die wichtigsten Einflussgrößen auf die Entscheidung der Jugendlichen sind eigene Erlebnisse und persönliche Gespräche. Am häufigsten genannt werden Praktikum/eigene Erfahrungen (62%) und Gespräche mit Personen, die diesen Beruf schon ausüben (50%). Je unmittelbarer diese Erfahrungen sind und je näher an der Berufspraxis und am Berufsalltag, desto stärker beeinflussen sie die Wahl. – Broschüren und anderes Informationsmaterial spielen eine untergeordnete Rolle.

Die Berufswahl ist einer der wenigen Bereiche, in dem Jugendliche ihre Eltern noch um Rat fragen, in dem sie ihnen also noch Kompetenz einräumen. Informationsquellen, die keinen so nahen persönlichen und keinen so individuellen Kontakt ermöglichen, sind weniger beeinflussend. So sind Berater der Agentur für Arbeit (39%) und Mitarbeiter von Unternehmen, die in die Schule kommen (31%) deutlich weniger wichtig. Freunde (27%) und Lehrer (29%) fallen in ihrer Bedeutung ins hintere Feld. So gut wie keinen Einfluss ordnet man unter diesem Aspekt Werbespots und Werbeplakaten zu.

Sie machen vielleicht aufmerksam, aber als wichtige Einflussgröße auf die eigene Berufsentscheidung werden sie nicht gesehen. Bemerkenwerterweise nimmt das Internet unter den 15 vorgegebenen Einflussgrößen immerhin den siebten Platz ein und 31% räumen Informationen aus dem Netz „sehr großer Einfluss“ ein.

#### Jugendliche sehen sich selbst verantwortlich

59% der Jugendlichen sehen in erster Linie sich selbst in der Verantwortung, wenn es um den Start in den Beruf geht. Mit großem Abstand folgen die Eltern mit 15%. So gut wie nicht in der Verantwortung sieht man den Staat (7%), Schule (9%) und Betriebe (10%). Die Jugendlichen schieben also die Verantwortung nicht von vornherein auf andere ab, sondern wissen, dass sie selbst gefordert sind.

Sehr unterschiedlich wird die Leistung der Schule bewertet. Das beste Zeugnis stellen hier die Realschüler ihren Schulen aus. Überwiegend als sehr hilfreich wird von den Schülern das Bewerbungstraining eingestuft. Sehr unterschiedlich fällt die Beurteilung bei der Frage aus, ob die Schule Mut gemacht hat, positiv ins Berufsleben zu gehen und ob man sich ein Bild von den verschiedenen Berufen machen konnte. Überwiegend zu wenig hilfreich war die Schule in punkto „Wahl des richtigen Berufes für mich persönlich“, „Erkennen der persönlichen Stärken“, „Aufklärung über die Anforderungen in den bestimmten Berufen“ und „Betriebsbesichtigungen/Kontakte zur Berufswelt“.

Der Schule werden also vor allem Stärken im formalen, weil didaktisch leicht zu vermittelnden Bereich zugeordnet. Im motivationalen Bereich und dem individuellen Eingehen auf den Einzelnen hingegen sind die Schüler eher unzufrieden – obwohl doch gerade Lehrer die Stärken ihrer Schüler kennen sollten.

Deutlich wird das immense Bedürfnis der Heranwachsenden, als Orientierungssuchende möglichst individuell betreut zu werden. Ein klares Berufsprofil stiftet wenig Nutzen, wenn dem Jugendlichen nicht klar ist, ob sein persönliches Stärkenprofil zu dem Berufsprofil passt.

#### Fazit

Welche Schlussfolgerungen lassen sich hieraus für eine Erfolg versprechende Verbesserung von Strategien zur Integration junger Menschen in die Arbeitswelt ableiten? Allgemein gilt: Insbesondere Jugendliche, die Schwierigkeiten beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt haben, müssen deutlich stärker unterstützt werden – und zwar von allen gesellschaftlichen Gruppen. Gerade Hauptschüler brauchen am meisten Hilfestellung. Indem man ihre Berufsperspektiven verbessert und ihnen so mehr Selbstvertrauen gibt, hilft man, ein problematisches Potenzial an frühen Aussteigern zu verringern.

Der Wert einer Gesellschaft misst sich unter anderem daran, welchen Respekt sie ihren Schwächsten zollt. Den Hauptschülern die Chance zu einer besseren Integration in die Berufswelt zu eröffnen, heißt, einem Drittel der nachwachsenden jungen Generation wieder Mut für ihre berufliche Zukunft zu machen

#### Über die Bertelsmann Stiftung

Die Bertelsmann Stiftung versteht sich als Förderin des Wandels für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Sie will Reformen in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Soziales, Gesundheit sowie Internationale Verständigung voranbringen.

Der Kampf gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit ist 2005 ein Arbeitsschwerpunkt der Bertelsmann Stiftung. Vor diesem Hintergrund hat die Stiftung mit dem diesjährigen Carl Bertelsmann-Preis zum Thema „Junge Generation und Arbeit“ ein Hamburger Hauptschulmodell ausgezeichnet, mit dem Jugendliche Unterstützung erfahren, die mit besonderen Schwierigkeiten beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt konfrontiert sind.

*Im Rahmen der Studie ist folgende Veröffentlichung entstanden: Jens U. Prager, Clemens Wieland (Hrsg.), „Von der Schule in die Arbeitswelt. Bildungspfade im europäischen Vergleich“, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2005.*

Kontakt: Bertelsmann Stiftung, Dr. Jens U. Prager, Telefon 05241/8181-544, [jens.prager@bertelsmann.de](mailto:jens.prager@bertelsmann.de), Clemens Wieland, Telefon -352, [clemens.wieland@bertelsmann.de](mailto:clemens.wieland@bertelsmann.de)  
[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

# „Wir brauchen eine U-25 Förderung“

## Appell von LVR-Jugenddezernent Michael Mertens zum Internationalen Tag der Jugend

„Die Jugendarbeitslosigkeit und die spezifischen Probleme Jugendlicher müssen stärker in den Blickpunkt gerückt werden.“ Dies fordert der Leiter des Dezernats für Schulen und Jugend beim Landschaftsverband Rheinland (LVR), Michael Mertens, anlässlich des von den Vereinten Nationen ausgerufenen Internationalen Tag der Jugend am 12. August.

Mertens: „Alle reden von Frühförderung, von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder vom PISA-Test. Kaum jemand spricht mehr von den Jugendlichen. Was wir brauchen, ist nicht nur eine Förderung für unter Dreijährige, U-3, sondern ebenfalls eine U-25 Förderung. Eine solche, spezielle Förderung für unter 25-Jährige ist jetzt dringend notwendig.“

Der LVR finanziert als Regionalverband der Städte und Kreise im Rheinland Hilfen für Jugendliche in Problemlagen. Daher wird die Zuspitzung der Probleme Jugendlicher jeden Tag deutlich. In NRW fehlen aktuell 28.000 Lehrstellen, fast 120.000 Jugendliche sind arbeitslos. Für den LVR Grund genug, verstärkt auf die Belange Jugendlicher aufmerksam zu machen. „Die Situation droht zu eskalieren, wenn nicht Gegenstrategien entwickelt werden“, so Mertens.

Deutlich wird die Dramatik der aktuellen Entwicklungen auch angesichts der Ergebnisse einer in diesen Tagen veröffentlichten Studie der Bertelsmann-Stiftung. Diese besagen, dass mehr als die Hälfte der deutschen Jugendlichen zwischen 14 und 20 Jahren skeptisch (42%) oder sogar pessimistisch (10%) in die berufliche Zukunft blicken. Besonders ausgeprägt scheint der Pessimismus bei Jugendlichen mit einfacher Schulbildung. Zwei Drittel der Hauptschüler blicken mit negativen Gefühlen in ihre berufliche Zukunft. Sie sehen

sich selbst als die großen Verlierer im Kampf um Ausbildungs- und Arbeitsplätze (siehe Beitrag S. 13 f.).

Angesichts dieser Situation fordert Michael Mertens ein Sofort-Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit:

1. Der nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland (Ausbildungspakt) ist einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Die Wirtschaft ist daran zu erinnern, dass sie sich verpflichtet hat, während der dreijährigen Dauer des Paktes im Jahresdurchschnitt 30.000 neue Ausbildungsplätze einzuwerben.
2. Da wo der Markt nicht in der Lage ist, allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz oder Arbeit und Beschäftigung zu garantieren, müssen verstärkt die Instrumente der Arbeitsförderung eingesetzt werden. Die Mittel hierfür dürfen nicht gekürzt werden.
3. Einer besonderen Beachtung bedarf die Aussage des Handwerks und der Industrie, dass einem Fünftel der jugendlichen Bewerber/-innen die schulischen Voraussetzungen fehlen, um eine Ausbildung erfolgreich zu durchlaufen. Hier sollte eine wesentlich stärkere Verzahnung der Hauptschule mit beruflichen Erfordernissen erfolgen. So sei das BUS-Projekt (Beruf und Schule) auszubauen und zwischen allen Beteiligten Curricula und Unterrichtsinhalte der Klassen 8, 9 und 10 gemeinsam zu entwerfen.

Nicht zuletzt geht es Mertens darum „Solidarität zu zeigen mit den Jugendlichen, die noch einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz suchen“ und so zu verhindern, dass „Jugendliche in einen Strudel fehlender Orientierung rutschen“. cg

[www.lvr.de](http://www.lvr.de), 11.08.2005



## LOS

### Arbeitsmarktprogramm „Lokales Kapital für Soziale Zwecke“ wird fortgesetzt

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend verlängert das erfolgreiche Arbeitsmarktprogramm LOS, um weiterhin benachteiligten jungen Menschen am Arbeitsmarkt zu helfen, gleichzeitig lokale Netzwerke und Strukturen zu stärken und so nachhaltige positive Effekten für besonders Benachteiligte am Arbeitsmarkt zu erzielen. Unterstützt werden Projekte in bundesweit 286 Fördergebieten mit jeweils bis zu 10.000 EUR. Bisher konnten weit über 5.000 Projekte erfolgreich umgesetzt werden. Zum 1. Juli 2005 ist die dritte Förderperiode gestartet.

Mit der Unterstützung von LOS (bis 2006 stehen rund 75 Mill. EUR zur Verfügung), das vom Europäischen Sozialfonds gefördert wird, werden vor allem kleine, lokale und oft auch unkonventionelle Projektideen verwirklicht. So wurden beispielsweise im niedersächsischen Osterholz Langzeitarbeitslose und Jugendliche ohne Schulabschluss Grundkenntnisse in einer Fahrradwerkstatt vermittelt. Die Entscheidung über die Förderung der Mikroprojekte erfolgt auf lokaler Ebene. Träger von Mikroprojekten können u.a. Bildungs- und Maßnahmeträger oder Wohlfahrtsverbände sein.

Infos zu LOS (mit einer Übersicht der beteiligten Kommunen und Landkreise sowie einer Datenbank beispielhafter Mikroprojekte) unter:

[www.los-online.de](http://www.los-online.de)

[www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)

# Was Schule für Stadtteil- und Quartiersentwicklung leisten kann

## Das Beispiel Quartiersmanagement „Hafen“ in der Dortmunder Nordstadt

von Meleg Dag und Stefan Peter Andres

### Herausforderungen in der Nordstadt

Als Arbeiterwohnstandort im Zuge der Industrialisierung entstanden, ist die Nordstadt traditionell ein Stadtteil mit einem hohen Anteil einkommensschwächerer Haushalte. Der Anteil der Sozialhilfeempfänger lag Ende 2002 bei 13,5% (Dortmund 6,0%), die Arbeitslosenquote bei 24,1% (Dortmund 13,6%). Zugleich ist die Nordstadt das Haupteingangstor für Zuwanderung in die Stadtregion. Menschen mit Migrationshintergrund stellen längst die Mehrheit der Stadtteilbevölkerung dar. Damit hängt wesentlich zusammen, dass die Nordstadt im Vergleich zu Dortmund insgesamt altersstrukturell eher ein junger Stadtteil ist. So liegt der Anteil der Minderjährigen heute mit 25,5% deutlich höher als im gesamtstädtischen Durchschnitt (Dortmund 21,2%), während der Anteil der Senioren mit 17,9% (Dortmund 28,4%) unterdurchschnittlich ist. Damit ist auch eine der wesentlichen Zukunftschancen des Stadtteils benannt.

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen aus bildungsfernen Migrantenfamilien sowie sozial deklassierten deutschen Haushalten ist in den Schulen der Nordstadt entsprechend groß. So verzeichnet z.B. „(...) die Nordmarkt-Grundschule (...) einen relativen Anteil von 73,6 % an nicht-deutschen Schulanfänger/-innen. Diese Schulanfänger/-innen mit Migrationshintergrund weisen unterschiedliche Herkunftsländer auf.“ (Stadt Dortmund, Schulverwaltungsamt/Päd. Dienste, Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen/RAA: Die schulische Situation zugewandelter Kinder und Jugendlicher in Dortmund – Schuljahr 2000/01, S. 23). In einigen Grundschulklassen sind Migranten unter-

schiedlicher Herkunft beinahe unter sich. Die RAA-Dortmund weist in ihren Berichten darauf hin, dass sich in Dortmund generell eine ungleiche Verteilung der Nationalitätengruppen auf die verschiedenen Schulformen ausmachen lässt: „Der relative Anteil türkischer Schüler/-innen am Gymnasium ist insgesamt sehr gering, wohingegen ihr Anteil an der Haupt- und Sonderschule normal hoch ist.“ (ebd., S. 22) Unter den weiterführenden Schulen steht bei den Schülern mit Migrationshintergrund die Gesamtschule eindeutig oben an. So vermeldete die Anne-Frank-Gesamtschule in der Nordstadt, dass unter den 162 Anmeldungen für die 5. Klassen im Sommer 2004 nur sieben aus deutschen Familien kamen.

Bildungsorientierte, eher mittelschichtige Haushalte, ob nun mit oder ohne deutschen Pass, treffen oftmals spätestens dann eine Entscheidung für einen Wegzug aus dem Stadtteil, wenn die Einschulung der Kinder ansteht. Die Nordstadt ist damit der zentrale Migrations- und zugleich Integrationsstandort für ganz Dortmund. Dabei fällt neben den Kindergärten insb. den Schulen eine wesentliche Integrationsaufgabe zu, zumal sich gerade in der Qualität von Schule entscheidet, welche sozialen Aufstiegs- und Teilhabechancen sich den Kindern und Jugendlichen des Stadtteils zukünftig eröffnen. Neben anderen lokalen Dauereinrichtungen und Regelstrukturen der öffentlichen und privaten Träger bieten vor allem die Schulen potenzielle Kommunikationsschienen für den interkulturellen Dialog. Besser als viele andere Einrichtungen können sie Kinder und Jugendliche sowie Eltern unabhängig von der religiösen oder konfessionellen Orientierung der einzelnen Haushalte erreichen. Sie

## Das Projekt





bilden damit einen unverzichtbaren Brückenkopf für Strategien der Mobilisierung und Aktivierung auch der nicht-organisierten stillen Bewohner.

### Schulen als Partner der Erneuerungsbemühungen in der Nordstadt

Erste Ansätze zu einer inhaltlich-konzeptionellen Aufweitung der baulich-städtebaulichen Erneuerungsstrategie für die Nordstadt, die seit 1986 mit dem sog. „Nordstadtprogramm“ verfolgt wurde, finden sich ab 1990 mit dem „sozialpädagogischen“ und dem „schulischen Nordstadtprogramm“. Dazu gehören insbesondere der Ausbau quartiersnaher und zielgruppenspezifischer niedrigschwelliger Beratungs- und Betreuungsangebote (z.B. schulbegleitender Hilfen, mobiler Sozialarbeit) sowie erste Schritte zum Ausbau von Betreuungsangeboten an Grundschulen der Nordstadt zu Ganztagsangeboten.

Die Diskussion, die seit den 80er Jahren und verstärkt dann im Zusammenhang mit der Umsetzung des Programms „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ seit 1993 in NRW unter Stichworten wie „Öffnung von Schule“ oder „Schule und Nachbarschaft“ geführt wird, beschreibt gewissermaßen einen Perspektivenwechsel in der Wahrnehmung von Schule durch die traditionellen Akteure der Stadtteil- und Quartiersentwicklung: die Entwicklung der Schule vom Lern- zum Lebensort. Schule übernimmt die Aufgabe, Beziehungen zum Umfeld, zum Stadtteil und seinen Institutionen und Einrichtungen herzustellen.

Der Planerladen e.V., als Träger des Quartiersmanagements im Quartier Hafen, kann bereits auf langjährige gemeinsame Aktivitäten und Projekte mit Schulen aufbauen. Nicht zuletzt ist er zugleich einer der Träger des sozialpädagogischen Nordstadtprogramms und Mitbegründer der Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe Nord (AG JuNO), die gemäß § 78 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes einen Zusammenschluss anerkannter Träger der freien Jugendhilfe darstellt. Einer der Ziele dieses Gremiums ist es, Schulen „mit ins Boot“ zu holen und Kooperationen mit diesen zu verfestigen. Der Planerladen e.V. organisiert in diesem Rahmen seit 1994 die „Hafenrunde“, in der rund 33 Einrichtungen freier

und öffentlicher Träger vertreten sind, die stadtteilrelevante Themen für Kinder und Jugendliche diskutieren. Hier entstehen auch zahlreiche Projekte, die gemeinsam mit anderen Einrichtungen des Stadtteils durchgeführt werden. Die Förderung der Kooperation und Vernetzung von Jugendhilfeträgern und Schulen im Stadtteil sowie die Eltern- und Migrationsarbeit sind einige der zentralen Zielsetzungen dieses Gremiums.

Im Rahmen seiner verschiedenen Projekte bietet der Planerladen e.V. zahlreiche Angebote für Kinder und Jugendliche im Stadtteil. Dabei erweist es sich als vorteilhaft, dass diese zugleich Bestandteil des Projektverbundes Nordstadt sind, einem übergreifenden Handlungsverbund von Planerladen e.V., dem Planungsbüro BASTA und der Grünbau gGmbH. Kennzeichnend hierfür ist vor allem eine enge inhaltliche Verknüpfung laufender Projekte des Planerladens – z.B. Sozial- und Schuldnerberatung, der Bewerbungshilfe, Sprachkurse – mit den Jugendhilfeangeboten der Grünbau gGmbH, wie dem Projekt JA-WoLL oder dem Qualifizierungsbüro Jobtraining für Jugendliche, ein Modellprojekt des BMFSFJ zur Erprobung des Freiwilligen Sozialen Trainingsjahres. Solche Projekte bieten Anknüpfungspunkte für neue Aktivitäten mit Schulen im Stadtteil wie z.B. das Projekt „Training gegen Gewalt“ mit dem Helmholtzgynasium.

Auch die in der Umsetzung seit 2002 für die Nordstadt bedeutsame EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN II erhebt Schulen zu wichtigen Akteuren, die im Verbund mit Trägern der Jugendhilfe und Trägern sozialer Arbeit vor allem im Rahmen einer Strategie der sozialen Stabilisierung zentrale Integrationsaufgaben übernehmen sollen. Im Programmschwerpunkt 3 des Operationellen Programms für den Stadtteil Dortmund-Nordstadt, der auf den „Aufbau von bewohnergetragenen Einrichtungen und Strukturen“ abzielt, finden deshalb neben dem in den Nordstadtquartieren zu installierenden Quartiersmanagement sowie den Quartierszentren insb. die Grundschulen als wichtige Kommunikationsorte im Gemeinwesen entsprechend Erwähnung. Folgende Bausteine zur Förderung von Schulen als Orte der Integration werden realisiert:

- Ausweitung niederschwelliger Elternarbeit durch Elterncafés,
- Stärkung von Sozial- und Handlungskompetenzen durch Schülerclubs.

### Quartiersmanagement und Schulen – generelle Ansatzpunkte zur Zusammenarbeit

Das Projekt Quartiersmanagement Hafen läuft im Planerladen e.V. seit Juli 2002. Es ist Teil des Gesamtprojektes Quartiersmanagement Nordstadt unter der Federführung der ämter- und dezernatsübergreifenden URBAN II - Projektgruppe der Stadt Dortmund. Als ein Instrument der sozialen Stadtteilentwicklung arbeitet das Quartiersmanagement daran, tragfähige und nachhaltige Strukturen zu bilden und eine Verbesserung der Lebenssituation im Stadtteil zu fördern. Allgemein sollen durch das Quartiersmanagement Strategien und Akteure der Quartiersentwicklung integriert und vernetzt, stadträumliche, ökonomische und soziale Entwicklungsmaßnahmen miteinander verknüpft sowie Handlungsmöglichkeiten und -kompetenzen der Bewohnerschaft gestärkt werden. Hiermit sind insb. die Bewohnermotivation und Befähigung von Bewohner/-innen zu eigenverantwortlichem Handeln, die Organisation/Begleitung von Nachbarschaftsgruppen, der Aufbau von Vernetzungsstrukturen, die Mittelakquisition für bürgerschaftliche Projekte, Kontaktvermittlung zu und Vernetzung zwischen Schulen, Bürger/-innen, Institutionen und Verwaltung, Politik usw. verbunden. Um diese Ziele erreichen und seine Aufgaben dauerhaft erfüllen zu können, betreibt das Quartiersmanagement den Aufbau „verlässlicher Partnerschaften“.

Die Schulen als wichtige Institutionen im Stadtteil stellen für das Quartiersmanagement solche potenziellen Partner dar: Von der Partnerschaft „Schule & Quartiersmanagement“ können beide Seiten gleichermaßen profitieren. So hat Schule für das Quartiersmanagement als Kooperationspartner auch die wichtige Funktion eines Multiplikators (z.B. bei der Gewinnung von Eltern, Bewohner/-innen, Schülern und Jugendlichen, bei der Unterstützung von nachbarschaftlichen Projekten und Aktionen, in der Teilnahme und Entwicklung der Stadt-



teilkultur). Das Quartiersmanagement wiederum kann die Schulen bei ihrer Zusammenarbeit im Stadtteil und somit bei ihren Bemühungen zur „Öffnung hin zum Stadtteil“ unterstützen, u.a. bei der Einbeziehung außerschulischer Lernorte, der Nutzung außerschulischer Experten und Kompetenzen, der Entwicklung von Projekten mit Kooperationspartnern im Stadtteil (Ämtern, sozialen sowie Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen, Betrieben u.v.m.) oder der Öffnung von Räumen in der Schule für Begegnungen, Veranstaltungen und für Kommunikation im Stadtteil.

Schule und Quartiersmanagement können den Stadtteilbewohnern (darunter den Schüler/-innen) gemeinsam eine bessere Orientierung in der immer unübersichtlicher werdenden Umwelt geben. Das Quartiersmanagement kann die Schulen letztlich bei ihrem Auftrag der Erziehung der Schüler/-innen zur Verantwortungsbewussten, demokratiefähigen Bürger/-innen unterstützen, indem es den jungen Bewohner/-innen Möglichkeiten bietet, Erfahrungen der Eigenverantwortlichkeit und der aktiven Mitgestaltung des direkten Wohn- und Lebensumfeldes zu sammeln. Dies zielt zugleich auf die Entwicklung des in „Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“ oft wenig ausgeprägten Gestaltungsvertrauens der Bewohner/-innen ab.

### Beispiele für die Kooperation mit örtlichen Schulen

Die Beteiligung der Schulen an stadtteilbezogenen Aktivitäten und Projekten im Quartier Hafen und auch in der Dortmunder Nordstadt insgesamt kann sich auf vorhandene Vernetzungsstrukturen und entwickelte Kooperatio-

nen stützen. So finden sich zahlreiche Schulleiter, Lehrer, Elternvertreter, die sich im Stadtteil engagieren und somit auch gemeinsam mit dem Quartiersmanagement

von Jugendhilfeträgern teil (von der „Hafenrunde“ bis zur „AG JuNO“), sondern arbeiten auch in übergreifenden Kooperationsrunden wie dem „Nordstadtforum“ mit, in dem Vertreter von Vereinen, Kirchen, Verwaltung und Politik aus der Nordstadt präsent sind. Zudem beteiligen sie sich an den Quartiers- und Nachbarschaftsforen des Quartiersmanagements. Hier tauschen sie sich gemeinsam mit Bewohner/-innen sowie Vertretern aus Verwaltung, Ämtern, Politik und anderen Einrichtungen aus dem Quartier über gemeinsame Themen aus und versuchen neue Handlungsansätze zu finden.

Für die konkrete Zusammenarbeit mit den Schulen im Quartier finden sich bereits einige gute Beispiele: So lud die Arbeiterwohlfahrt als Initiator unterstützt durch das Quartiersmanagement Hafen und das Planungsamt der Stadt Dortmund im Jahre 2003 alle Bewohner/-innen des Hafenviertels und darüber hinaus dazu ein, sich an dem Wettbewerb „WasserWelten“ – einem Mal-, Gestaltungs- und Erlebniswettbewerb zum Thema „Wasser im Stadtteil“ – zu beteiligen. Rund 240 Einsendungen gingen ein. Zahlreiche Schulklassen sowie Kinder- und Jugendgruppen beteiligten sich aktiv an diesem Wettbewerb. Die breite Resonanz aus den Schulen und Kindergärten belegte nicht nur, welche Stärken und Kreativpotenziale bei der jungen Stadtteilbevölkerung schlummern, sondern auch welche wichtige Aufgabe die genannten Einrichtungen bei der Vermittlung solcher Projektanliegen übernehmen können.

Ein weiteres Beispiel ist die Unterstützung und Begleitung der Arbeit des Türkischen Elternvereins in Dortmund und Umgebung e.V. (DO-TEV)

durch das Quartiersmanagement Hafen. So hat der Verein gemeinsam mit dem Quartiersmanagement ein Leseprojekt mit dem Titel „Okubakay1m! – Lies mal“ gestartet. 2004 fanden in diesem Rahmen zwei Lesungen in Deutsch und Türkisch statt. Unverzichtbare Kooperationspartner sind dabei die örtlichen Grundschulen (zweite Lesung in der Albrecht-Brinkmann-Grundschule, die von über 100 Kindern, Eltern, Lehrer/-innen und weiteren Interessierten besucht wurde). Aufgrund der großen Nachfrage sind weitere Lesungen in anderen Schulen geplant. Darüber hinaus hat das Quartiersmanagement die Möglichkeit, die Räumlichkeiten dieser Schulen für andere Veranstaltungen zu nutzen. Alle Lesungen finden in Kooperation mit unterschiedlichen Einrichtungen aus der Nordstadt statt. So sponsorte eine Buchhandlung aus dem Stadtteil die Aktivitäten.

Derzeit steht das Quartiersmanagement Hafen z.B. der Lessing-Grundschule bei der Einrichtung eines Elterncafés zur Seite. In diesem Rahmen wurden diverse Gespräche mit der Schule und Elternvertretern geführt und diese darin begleitet, ihre Projektvorstellungen bei Politik und Bezirksvertretung zur Abstimmung einzureichen.

### Perspektiven

Das Quartiersmanagement versteht sich als Impulsgeber und Moderator von Entwicklungsprozessen im Stadtteil. Es gilt zeitlich allerdings als ein erklärtermaßen begrenztes Instrumentarium. Arbeit und Aufgabenwahrnehmung des Quartiersmanagements müssen daher so angelegt sein, dass nachhaltig tragfähige Strukturen entstehen bzw. entwickelt werden können. Hier liegt es nahe, die verschiedenen Regeleinrichtungen, so auch Schulen, im Stadtteil ins Auge zu fassen und darauf hin zu prüfen, inwieweit zumindest Teilaufgaben des Quartiersmanagements zukünftig von diesen übernommen werden können.

*Meleg Dag, Stefan Peter Andres,  
Quartiersmanagement  
Nordstadt-Hafen Planerladen e.V.,  
Schützenstr. 42, 44147 Dortmund  
Telefon 0231/8820700, E-Mail:  
Om-Hafen@quartiersmanagement-  
nordstadt.de*

Erstveröffentlichung in „Soziale Stadt Info“ 16/ Februar 2005

# „Imagine“

## Ein weltweites Fotoprojekt mit Kindern und Jugendlichen

Was würden Kinder und Jugendliche auf der ganzen Welt fotografieren, um anderen ihre ganz eigene Geschichte zu erzählen? Diese Frage war Ausgangspunkt des Jugend-Fotoprojekts „Imagine“, das der Berliner Journalist Philipp Abresch und die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH Anfang 2002 gemeinsam starteten.

Über das weltweite Netzwerk der GTZ wurden 500 junge Menschen

anderes die Vielfalt des Lebens auf der Erde festhält. Dabei gibt es viel Gemeinsames zu entdecken: Freunde, Schule, Sport und Tiere, die Familie und das eigene Zuhause waren den jungen Fotografen besonders wichtig. Dabei gab es aber nicht nur viel Gemeinsames zu entdecken. Auch Unterschiede wurden sichtbar. Ein junges Mädchen aus dem Kosovo fotografierte die Jeeps der Vereinten Nationen und schrieb dazu: „Für mich bedeuten

### Das Projekt

Stimme gegeben. Austausch ist wichtig, um Fremdes als Bereicherung und Ergänzung zu verstehen und sich der eigenen Identität stärker bewusst zu werden. Die eigene Lebenswelt im Foto festzuhalten und die Tatsache, ernst genommen zu werden, kann bei Kindern und Jugendlichen ein neues, internationales Selbstbewusstsein entwickeln.

#### Ausstellung in über 30 Ländern

Die Ausstellung „Imagine“ war in über 30 Ländern zu sehen. Oft entstanden dabei gemeinsame Aktionen, nicht selten regte die Ausstellung zu neuen, anderen Initiativen an oder wurde einfach durchs ganze Land weitergereicht. In Argentinien zum



Khusbu Shrestha, 14 J., Gati - Sindhupalchowk district/Nepak

aus 45 Ländern auf den Fototag vorbereitet: Am 30. April 2002 machten sie sich auf, einen Tag aus ihrem Leben zu fotografieren. Es entstanden mehr als 12.000 Bilder. Die Jugendlichen schickten ihre drei Lieblingsfotos und ein Selbstportrait an das GTZ-Büro Berlin. Dort wählte eine Jury aus Kindern und Jugendlichen gemeinsam mit dem „Imagine“-Team die Motive für Ausstellung und Bildband aus.

#### Eine Momentaufnahme aus der Sicht von Kindern

Entstanden ist eine Momentaufnahme der Welt aus Sicht von Kindern und Jugendlichen, die wie kaum etwas

diese Autos Sicherheit“. Ein israelischer Junge führte für sein Foto einen Esel ins Wohnzimmer und stellte vielsagend fest: „Für uns ist Humor sehr wichtig“. In Sambia vereinten sich fünf Generationen vor der Kamera, was in Zeiten von Aids etwas Seltenes geworden ist. Und dass es ein Privileg sein kann, zur Schule zu gehen, machten die Bilder eines 14-jährigen Jungen aus Bolivien deutlich, der harte Knochenarbeit in einer Zinnmine verrichtet.

„Imagine“ möchte das Verständnis für den eigenen Alltag und für andere Kulturen vertiefen. Über Fotografie wird Kindern und Jugendlichen jenseits von Sprachgrenzen eine

Beispiel fotografierten Jugendliche auf Initiative von GTZ und des C.P.E.S. (Centro de Promoción y Educación para la Salud) *escenas de violencia* (Szenen der Gewalt) und – quasi als Lösungsansätze – *escenas de non-violencia*. Eine ganz andere Bedeutung kommt Bildern in Ruanda zu. Häufig sind Bilder die einzige Erinnerung an Menschen, die nicht selten jung und unerwartet sterben.

Auch in Deutschland hat „Imagine“ großes Interesse geweckt. Im Frühjahr 2003 war „Imagine“ in Sindelfingen zu sehen und Schüler hielten mit der Kamera einen Ausschnitt ihres Alltags fest. Aus 320 Bildern entstand eine eigene Ausstellung, die auf

dem Marktplatz präsentiert wurde. Nahezu alle Sindelfinger Schulen beteiligten sich bei einer „Kommunikations Werkstatt“ im Rathaus an der Initiative „Bilder & ihre Geschichten“ und eine Schulklasse verfasste sogar eigene Gedichte zu den Fotos.

### Imagine Germany

Unter dem Motto „Fremde Augen sehen schärfer“ gingen 15 Jugendliche aus acht Ländern auf Foto-Safari durch die Bundesrepublik. Drei Wochen lang reisten die 14- bis 16-jährigen Mädchen und Jungen durch

Deutschland. Während der Safari veranstalteten die jungen Fotografen mit Berliner Schülern ein Foto-Duett. Die jungen Leute aus Deutschland fotografierten zur selben Zeit zum selben Thema ihres Safari-Partners. So entstanden 15 Fotogeschichten, bei denen sich „vertraute Perspektive“ und „fremder Blick“ gegenüber stehen.

Von der Wissenschaft unter die Lupe genommen wurde „Imagine“ in der Schweiz: Im Wintersemester 2003/04 nahm die Universität St. Gallen die Ausstellung zum Anlass für

eine Vorlesungsreihe über Theorie und Praxis des interkulturellen Dialogs.

„Kinder sind die Zukunft der Welt“, sagt die junge vietnamesische Fotografin Thuong. „Imagine“ verschafft ihnen Gehör: Das große Interesse, das die Initiative bei den Jugendlichen selbst und in der Öffentlichkeit findet, beweist, wie lehrreich es ist, auf diese Stimme im Bild zu achten.

Kontakt: GTZ-Büro Berlin, Tina Gadow, Reichpietschufer 20, 10785 Berlin, E-Mail: [tina.gadow@gtz.de](mailto:tina.gadow@gtz.de)  
[www.gtz.de/imagine](http://www.gtz.de/imagine)



Rampa Karki, 10 J., Kathmandu/Nepal

## KON TEX IS KONzepte der TEchnik in der PraXIS von Jugendhilfe (& Schule)

Ein Projekt des technischen Jugendfreizeit- und Bildungsverein (tjfbv) e. V.

Der Technische Jugendfreizeit- und Bildungsverein (tjfbv) e. V. widmet sich seit seiner Gründung 1991 dem Ziel, technische Inhalte und sozialpädagogische Anliegen im Sinne der Förderung von Kindern und Jugendlichen zu verbreiten. Der Verein ist als Träger der freien Jugendhilfe im Land Berlin anerkannt.

Das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und vom Europäischen Sozialfond geförderte Projekt bietet gezielte Qualifizierungs- und Beratungsangebote für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter/-innen der Jugendhilfe. Naturwissenschaftlich-technische Inhalte sollen in möglichst allen Bereichen der Jugendhilfe verankert werden.

Mit seinem neuesten Angebot, der Virtuellen Community, bietet KONTE XIS den Mitarbeiter/-innen der Jugendhilfe die Plattform für:

- den interaktiven Erfahrungsaustausch über technische Kinder- und Jugendarbeit,
- den Aufbau eines Netzwerkes,
- die orts- und zeitunabhängige Aneignung von Wissen zu Technik in der Jugendarbeit.

### Und das finden Sie u.a. bei uns:

- News und in loser Folge einen Newsletter für alle Abonnenten des KONTE XIS-Informationsjournals,
- Vorstellungen von Trägern und ihren aktuellen Projekten, Anregungen für eigene innovative Projekte,
- Fachforen und Chats mit Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft,
- Datenbank Technische Berufsbilder,
- Weiterbildungsangebote sowohl für Projektarbeit wie auch für PC-Anwendungen.

An unterschiedlichen Berliner Standorten und darüber hinaus realisiert der tjfbv technisch orientierte Projekte auf

dem Gebiet der §§ 11 und 13 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz).

Die Praxis erprobten Projekte JOB Werkstatt Mädchen, JugendTechnik-Schule und das „barrierefrei kommunizieren! Bundesweites Kompetenz- und Referenzzentrum“, das ehemalige MMC „Käpt'n Browsers“ haben Modellcharakter und unterbreiten Angebote für Kinder und Jugendliche im Alter von acht bis 27 Jahren. Für Kinder steht vor allem die Freizeitbeschäftigung, für Jugendliche die berufliche Orientierung auf handwerklich-technische, IT-System- und Medienberufe im Vordergrund.

Wir freuen uns über Ihren Besuch und auf Ihre rege Mitarbeit in unserer virtuellen Community!

Kontakt: KONTE XIS, c/o tjfbv e.V., Wilhelmstr. 52, 10117 Berlin  
Telefon 030/979913-0, E-Mail: [info@kontexis.de](mailto:info@kontexis.de), Internet: [www.tjfbv.de](http://www.tjfbv.de)  
[www.kontexis.de](http://www.kontexis.de)

# Kooperationsstrukturen entwickeln – Pflicht statt Kür

## 3. AG KJHG nimmt Jugendämter in die Pflicht

von Hans Peter Schaefer

War vor Jahrzehnten noch die Rede von der feindlichen Übernahme, sind die Berührungängste gegenüber der Schule auf Seiten der Jugendhilfe einer eher allgemeinen Akzeptanz des Kooperationsthemas gewichen. Gesellschaftliche Entwicklungen und fachliche Einsichten gehen hier Hand in Hand, auf beiden Seiten. Dass diese Entwicklung nicht alle überall erreichte, liegt sicher in der Natur der Sache und bestätigt vielfach lang als überwunden geglaubte gegenseitige Vorurteile. Doch schlingernde Beiboote sollten Randerscheinungen bleiben und nicht den Kurs des großen Ganzen bestimmen. Von daher ist viel mehr der Blick auf die interessant, die schon seit langer Zeit gute Kooperationsformen zwischen Jugendhilfe und Schule gefunden haben.

Hierzu bietet die Expertise „Bildungsprozesse im Kontext der Kooperation von Jugendhilfe und Schule“ zum 8. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung NRW erhellende Aufschlüsse (von U. Deinet, M. Icking; die erste landesweite Bestandsaufnahme zur Kooperation, Download unter: [www.bildungsportal.nrw.de](http://www.bildungsportal.nrw.de)). Besitzen nämlich 77,7% der Kommunen und 47,1% der Kreise Kooperationsvereinbarungen, so sagt das weniger über ein Stadt-Land-Gefälle aus, als

dass die Bedeutung der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule lokal als prioritär verstanden wird. Die geringere Zahl der Kooperationsvereinbarungen bei Landkreisen sagt da mehr aus über die schwierigeren Kreisstrukturen. Gleichzeitig belegt die Expertise die Breite der in Kooperationsvereinbarungen angesprochenen Handlungsfelder und die überwiegend hohe Verbindlichkeit. Bei 85,1% der Kommunen wird direkt zwischen Jugendhilfe-Einrichtungen und Schulen kooperiert und 45,5% der Kreise und Städte haben federführende Stellen – wenn sich diese auch bei 65,2% bei der Schulverwaltung befinden.

In die Frage der Federführung wird nun Bewegung kommen müssen. Mit dem seit dem 1. Januar dieses Jahres in Kraft getretenen 3. Ausführungsgesetz zum KJHG, dem nordrhein-westfälischen Kinder- und Jugendförderungsgesetz, gelten vom kommenden Jahr an neue Spielregeln. Wird die Vorschrift der §§ 81, 11 und 13,4 SGB VIII in der Praxis eher als Empfehlung verstanden, ist den Jugendämtern in NRW mit dem neuen Gesetz eine eindeutige Verpflichtung zugefallen. Sie sollen „mit den Schulen zusammenwirken“, die „erforderlichen Strukturen“ einrichten und eine „sozialräumliche pädagogische Arbeit“ in der Koope-



### § 5 Schulgesetz NRW

(1) Die Schule wirkt mit Personen und Einrichtungen ihres Umfeldes zur Erfüllung des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrages und bei der Gestaltung des Übergangs von den Tageseinrichtungen in die Grundschule zusammen.

(2) Schulen sollen in gemeinsamer Verantwortung mit den Trägern der öffentlichen und der freien Jugendhilfe, mit Religionsgemeinschaften und mit anderen Partnern zusammenarbeiten, die Verantwortung für die Belange von Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen tragen.

ration gestalten. Diese Anforderungen sind Herausforderungen. Denn sie dürften heute kaum irgendwo schon in Gänze erfüllt sein. Es gilt, lokale Kooperationsstrukturen zu entwickeln, die auf der Zusammenarbeit aller angesprochenen Akteure der öffentlichen wie privaten Jugendhilfe im Sozialraum basieren und die so tragfähig sind, dass sie nicht, wie so oft schon erlebt, abhängig sind von agierenden engagierten Einzelnen. Was bei dem kritischen Blick, den manche auf die Kooperationsbereitschaft einzelner Schulen werfen, nicht übersehen werden darf, ist, dass die diesjährige Novellierung der Schulgesetzgebung auch diese in die Pflicht nimmt (§ 5 Schulgesetz).

Die Ende Juni in einem veröffentlichten Entwurf von den NRW-Landesjugendämtern und den landesweiten Zusammenschlüssen der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und des Jugendschutzes vorgelegten Empfeh-

lungen für die Umsetzung des 3. AG KJHG formulieren „Handlungsoptionen und Empfehlungen für die örtliche Ebene“, die Ausgangsüberlegung sind für lokale Strategien. Der Teil der Empfehlungen, der sich insbesondere auf die gesetzliche Anforderung der Steuerung von Kooperationen durch die Träger der öffentlichen Jugendhilfe bezieht, ist – ebenso wie Auszüge aus dem Gesetz selbst – auf dieser Seite dokumentiert.

Über den gesetzlichen Rahmen hinaus, auf den sich diese Empfehlungen beziehen, dürfte vor Ort auch erwägenswert sein, inwieweit nicht andere Handlungsfelder der Jugendhilfe, wie z.B. die Hilfen zur Erziehung, in solche wachsenden Netzwerke einbezogen werden können.

*LVR, Dez. 4 „Schulen, Jugend“*

*Hans Peter Schaefer*

*Hermann-Pünder-Str. 1., 50679 Köln*

*Telefon 0221/809-6234*

*E-Mail: hp.schaefer@lvr.de*

## Handlungsoptionen und Empfehlungen zur Umsetzung des 3. AG-KJHG NRW auf kommunaler Ebene

### Entwurf vom Juni 2005 – Auszüge

Im Sinne eines gelingenden gemeinsam getragenen Vernetzungsprozesses sollten die freien Träger der Jugendhilfe, der/die Schulträger und die Schulleitungen gleichberechtigt in die Umsetzungsüberlegungen zu § 7 Jugendfördergesetzes einbezogen werden.

Als Start gelingender Zusammenarbeit kann

- eine Bestandsaufnahme von bereits vorhandenen Kooperationsstrukturen (...), gelungenen Kooperationsprozessen, aber auch der Hürden und Grenzen der Zusammenarbeit wichtige Hinweise geben,
  - die Klärung gemeinsamer Anliegen und Ziele von Jugendhilfe und Schule eine gute Grundlage beginnender Kooperation darstellen,
  - im Sinne eines kommunalen Leitbildes die Verständigung über erste gemeinsame Ziele der Bildungsförderung, aber auch über die unterschiedlichen Rollen, Aufträge und Ressourcen der Beteiligten erfolgen und schriftlich fixiert werden,
  - eine Konkretisierung erfolgen, welche Gebiete/Regionen als Sozial- bzw. Planungsräume dienen sollen (...),
  - der organisatorische Rahmen der Koordination geklärt werden (z.B. Einrichtung eines dauerhaften Koordinierungsgremiums ..., Budget für gemeinsame Fortbildungen etc.).
- Die strukturelle Verankerung der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule wird in einigen Kommunen durch die Zuordnung von Jugend- und Schulverwaltungsamt in ein Dezernat bzw. Fachbereich, durch die Schaffung von federführenden Koordinierungsstellen und/oder durch regelmäßige gemeinsame Sitzungen von Jugendhilfe- und Schulausschuss zu gemeinsamen Themenstellungen unterstützt. In Landkreisen entstehen (angesichts der Planungen offener Ganztagschulen) erste Netzwerke zwischen Schulen, Schulträgern, Schulaufsicht und öffentlichen und freien Jugendhilfeträgern. Die Nachhaltigkeit wird hier durch gemeinsame Initiativen der Jugendhilfeausschüsse und der staatlichen Schulämter gesichert(...).

www.lvr.de

## Verankerung der Kooperation von Jugendhilfe und Schule im Jugendförderungsgesetz NRW

Auszüge aus dem Gesetz zur Förderung der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes 3. Ausführungsgesetz SGB VIII/KJHG (Kinder- und Jugendhilfegesetz)

### § 7 Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule

(1) Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe und die Träger der freien Jugendhilfe sollen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit den Schulen zusammenwirken. Sie sollen sich insbesondere bei schulbezogenen Angeboten der Jugendhilfe abstimmen.

(2) Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe fördern das Zusammenwirken durch die Einrichtung der erforderlichen Strukturen. Dabei sollen sie diese so gestalten, dass eine sozialräumliche pädagogische Arbeit gefördert wird und die Beteiligung der in diesem Sozialraum bestehenden Schulen und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe gesichert ist.

(3) Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe wirken darauf hin, dass im Rahmen einer integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung ein zwischen allen Beteiligten abgestimmtes Konzept über Schwerpunkte und Bereiche des Zusammenwirkens und Umsetzungsschritte entwickelt wird.

### § 10 Schwerpunkte der Kinder- und Jugendarbeit

(1) Zu den Schwerpunkten der Kinder- und Jugendarbeit gehört insbesondere (...) die schulbezogene Jugendarbeit. Sie soll in Abstimmung mit der Schule geeignete pädagogische Angebote der Bildung, Erziehung und Förderung in und außerhalb von Schulen bereitstellen.

### § 19 Qualitätsentwicklung, Modellförderung

Zur Reflexion und Fortentwicklung der Angebote und Strukturen in der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes fördert das Ministerium (...) neue Projekte an der Schnittstelle von Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit zu anderen Politikfeldern und Modelle zur Schaffung von Ganztagsangeboten für Kinder im schulpflichtigen Alter, insbesondere in der Altersgruppe der 10 -14-Jährigen.



Jeremy Synot, 14 J., Glenroy/Australien

## 50.000 neue Ganztagsplätze an Hauptschulen



Start bereits zum nächsten Schulhalbjahr

Nach dem schlechten Abschneiden beim jüngsten PISA-Ländervergleich hat die neue Landesregierung umgehend reagiert. Bis zum Jahr 2012 stellen wir 50.000 vollwertige Ganztagsplätze in der Hauptschule zur Verfügung. 14.000 Ganztagsplätze werden schon zum 1. Februar 2006 geschaffen. Den Start bereits zum nächsten Schulhalbjahr ermöglicht die Ankündigung des Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung, für dieses Jahr zusätzlich für Ganztagsangebote 24 Millionen EUR zur Verfügung zu stellen.

Schulministerin Barbara Sommer: „Nach Jahren der Vernachlässigung soll die Hauptschule in Nordrhein-Westfalen endlich wieder eine wichtige Rolle spielen. Die Pisa-Ergebnisse haben gezeigt, dass wir große Gruppen von Schülerinnen und Schülern oder gar einzelne Schulformen nicht sich selbst überlassen können. Hier ist gezielte Unterstützung nötig, um die Schulqualität wieder spürbar zu verbessern. Zudem wissen wir seit PISA, dass NRW neben Bremen das Land mit der höchsten Abhängigkeit der schulischen Leistung von der sozialen Herkunft ist. Umso wichtiger ist die Förderung von Schülerinnen und Schülern aus einem schwierigen Umfeld.“

Die Ganztagsplätze für die Hauptschule werden nicht nur Betreuungs-

angebote sein. Vielmehr sind pädagogisch anspruchsvollere Angebote geplant. Diese gewährleisten einen Teil der notwendigen besseren schulischen Förderung der Schüler auch am Nachmittag. Dabei wollen wir eng mit der Jugendhilfe, den Städten und Kreisen sowie mit weiteren außerschulischen Partnern kooperieren.

Die Hauptschule wird sich in NRW auch wieder stärker dem Ziel der Ausbildungsfähigkeit ihrer Schülerinnen und Schüler widmen. Ein wichtiger Partner sollen für uns dabei Wirtschaft und Handwerk sein.

Barbara Sommer: „Besonders wichtig erscheint mir außerdem in der Hauptschule die stärkere Konzentra-

tion auf die Kernkompetenzen, also Lesen, Schreiben und Mathematik. Die Fächer Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen müssen deshalb betont werden. Zudem ist die Einbeziehung von Eltern, Wirtschaft und Gesellschaft wichtig. Damit wird es uns gelingen, der Hauptschule wieder zu einer angemessenen Rolle im gegliederten Schulwesen zu verhelfen.“

Auch bei der Zuweisung von Lehrern werden die Bedürfnisse der Hauptschule besonders beachtet. Es wird keine Verteilung nach dem Gießkannenprinzip geben. Stattdessen wird bei den Stellen zur Sprachförderung und den Stellen zur individuellen Förderung künftig vorher genau ermittelt, welche besonderen Probleme eine Schule hat. Erst danach wollen wir entscheiden, mit welchem Stellensoll eine Schule ihren Bedarf decken kann. Das gilt auch für den Einsatz von sozialpädagogischen Fachkräften.

Ministerin Sommer: „Die Stärkung der Hauptschule wird in unserer Politik der nächsten Jahre eine bedeutende Rolle spielen. Deshalb wird mein Ministerium Fragen zur Hauptschule künftig auch in einer eigenen Organisationseinheit bündeln. Nachdem die Hauptschule Jahrzehnte lang vergessen wurde, ist dies umso nötiger. Ziel ist es, die Zukunftschancen der Schülerinnen und Schüler signifikant zu verbessern. Ich bin mir sicher, dass wir mit dem Start der zusätzlichen Ganztagsplätze bereits zum nächsten Schulhalbjahr auf einem guten Weg sind.“

MSW NRW, 19.08.2005

[www.bildungsportal.nrw.de](http://www.bildungsportal.nrw.de)

Patricia Sangaya, 15 J., Lilongwe/Malawi



## Ansprechpartner für die Offene Ganztagschule im Primarbereich bei fast allen Jugendämtern im Rheinland

Die Offene Ganztagschule im Primarbereich (kurz: OGS) ist ein kooperatives Projekt von Jugendhilfe und Schule. Hiervon ausgehend skizziert der Beitrag „OGS – Ohne kommunale Steuerung geht es nicht“ in der letzten Ausgabe der „inform“ (2/05, Seite 28 ff.) die Planungs- und Steuerungsaufgaben für die Träger der öffentlichen Jugendhilfe.

Insbesondere für die Träger der freien Jugendhilfe, aber auch für interessierte Kreise aus dem schulischen Bereich (Schulleitungen, Schulaufsicht, die Berater/-innen im Ganztage der Schulämter usw.) ist es wichtig zu wissen, wer seitens des örtlichen Jugendamtes Ansprechpartner/-in ist. Das Landesjugendamt Rheinland hat deshalb eine Abfrage bei den Jugend-

ämtern im Rheinland durchgeführt und die gewonnenen Daten in einer Übersicht zusammen geführt (veröffentlicht als RS 43/5/2005).

Mit Ausnahme von drei Kommunen gibt es demnach inzwischen bei allen Jugendämtern Ansprechpartner/-innen für die OGS. Allerdings sind die genannten Mitarbeiter/-innen in den Jugendamtsverwaltungen unterschiedlich verortet. So sind mit der OGS befasst:

- bei 27 Jugendämtern (auch) noch die Amts- oder Abteilungsleitung,
- bei 27 Jugendämtern die Jugendhilfeplanung,
- bei 30 Jugendämtern der Bereich Tageseinrichtungen für Kinder,
- bei 18 Jugendämtern die Jugendförderung,

– bei fünf Jugendämtern spezielle Arbeitsbereiche (für Betreuungsangebote/Kooperation Jugendhilfe und Schule).

Damit einher geht die große Spannweite, was jeweils zur Verfügung stehende Ressourcen für Steuerungs-, Planungs- und Beratungsleistungen der genannten Mitarbeiter/-innen angeht. In der Regel ist die Offene Ganztagschule im Primarbereich nur ein Aufgabenfeld unter vielen – das zu bereits bestehenden Aufgaben dazu gekommen ist.

Download des RS 43/5/2005 unter:

[www.lvr.de/FachDez/Jugend/Fachthemen/Jugendhilfe+und+Schule/Ganztagschule/Materialien/ogt\\_rundschreiben.htm](http://www.lvr.de/FachDez/Jugend/Fachthemen/Jugendhilfe+und+Schule/Ganztagschule/Materialien/ogt_rundschreiben.htm)



Nestor Joel Calzado, 17 J., Boca Chica/Dominikanische Republik

## Die Fortbildungsreihe „G wie Ganztage“

Im Jahr 2005 hat das Landesjugendamt Rheinland die Fachtagungsreihe „G wie Ganztage“ gestartet. Die Reihe soll einen Beitrag für eine effektive Fachlichkeit im Ganztage leisten. Entlang aktueller Bedarfe werden zentrale Themen insbesondere aus der Sicht der Jugendhilfe behandelt.

Bereits stattgefunden haben:

- „A wie Antrag“ am 18.01.2005,
- „K wie Konzept“ am 15.03.2005,
- „Integration“ am 19.05.2005,
- „Q wie Qualität“ am 22.09.2005.

Die Beiträge der Referenten/-innen sind dokumentiert unter [www.lvr.de/](http://www.lvr.de/)

[jugend/Fachthemen/Jugendhilfe+und+Schule/Ganztagschule](http://www.lvr.de/jugend/Fachthemen/Jugendhilfe+und+Schule/Ganztagschule).

Als weitere Schwerpunkttagungen sind bis 2006 geplant:

- am 30.11.2005 „Trägerqualität“,
- am 09.02.2006 „E wie Ernährung“,
- am 21.06.2006 „Interkulturelle Bildung“,
- am 30.08.2006 „P wie Partizipation“,
- am 15.11.2006 „L wie Lern- und Lebensweltgestaltung“.

Infos und Kontakt:

Karin Kleinen, Tel. 0221/809-6940

E-Mail: [karin.kleinen@lvr.de](mailto:karin.kleinen@lvr.de)

[www.lvr.de/jugend](http://www.lvr.de/jugend)

## Infos, Beratung und Fortbildung zum „Ganztage“ im LJA Rheinland

Die Fachberatung „Offene Ganztagschule im Primarbereich“ im LJA Rheinland informiert und berät Kommunen (Jugend- und Schulverwaltungsämter), freie Trägerzusammenschlüsse auf kommunaler und Landesebene sowie Jugendhilfe- und Schulausschüsse zur Einführung der Offenen Ganztagschule im Primarbereich.

Ansprechpartner/-in sind:

im **Regierungsbezirk Düsseldorf**  
Frau Kleinen (Tel. 0221/809-6940,  
E-Mail: [karin.kleinen@lvr.de](mailto:karin.kleinen@lvr.de)),

im **Regierungsbezirk Köln**  
Herr Mavroudis, Tel. 0221/809-6932,  
E-Mail: [alexander.mavroudis@lvr.de](mailto:alexander.mavroudis@lvr.de)).

Informationen, Fortbildungsangebote und Materialien der Fachberatung zum „Ganztage“ unter:  
[www.lvr.de/FachDez/Jugend/Fachthemen/Jugendhilfe+und+Schule/Ganztagschule/](http://www.lvr.de/FachDez/Jugend/Fachthemen/Jugendhilfe+und+Schule/Ganztagschule/)



## GANZTAG und die Europäische Bildungsdimension

Konferenz des LJA Rheinland am 25. und 26.10.2005 in Köln

Bildung und Erziehung haben spätestens seit der OECD-Studie PISA Konjunktur. Beide sind schließlich wesentliche Faktoren für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Das Projekt der Offenen Ganztagschule ist nicht unbedingt die Antwort auf die seit der PISA-Studie aufgeworfenen Fragen. Aber: Die mit diesem Konzept angestrebte Verzahnung von sozial- und freizeitpädagogischer Kompetenz und bildungstheoretischen Ansätzen der Jugendhilfe mit denen der Schule kann über einen ganzheitlichen Blick auf Kinder wesentliche Beiträge für die emotionale, ethisch-soziale wie kognitive Entwicklung von Kindern und Jugendlichen leisten.

In vieler Hinsicht unterscheiden sich die bildungspolitischen Voraus-

setzungen der „Gewinner“ im internationalen Bildungswettbewerb von den in Deutschland bestehenden Rahmenbedingungen. Auffällig ist, dass sie in der Regel sozialpädagogische Professionalität in die Schule integrieren, ihren Tagesablauf orientiert an den Interessen und Bedürfnissen der Kinder rhythmisieren und dass die Schulen vielfach sozialräumlich ausgerichtet sind. All dies sind Aspekte, die in Deutschland kennzeichnend sind für die Jugendhilfe und ihren spezifischen Bildungsauftrag. Vor dem Hintergrund deutscher Strukturen und Traditionen liegt es daher nahe, wenn die Jugendhilfe einen offensiven Beitrag für das Aufwachsen in enger Zusammenarbeit mit der Schule leistet. Dies geschieht an man-

chen Orten mit verschiedenen Konzepten, ist aber noch keineswegs flächendeckend realisiert.

Mit der Fachtagung „Ganztag – und die europäische Bildungsdimension“ soll all denen, die sich für eine andere Schule, in der die Jugendhilfe Anteil am Gelingen erhält, engagieren, Gelegenheit gegeben werden, über den „Tellerrand“ zu schauen. Es ist dies eine Gelegenheit sich konstruktiv mit anderen Ansätzen auseinander zu setzen, wie sie an Schulen in Finnland, Großbritannien, Italien, den Niederlanden und Schweden praktiziert werden. Die Veranstaltung ist in diesem Sinne als Ort der Reflexion für Ansätze und Konzepte in Deutschland gedacht und soll einen Beitrag zur Fortentwicklung guter pädagogischer Praxis leisten.

Der Teilnehmer/-innen-Beitrag beträgt 60,- Euro (ohne Unterkunft).

Weitere Infos & Kontakt:

Roswitha Biermann, 0221/809-6761

roswitha.biermann@lvr.de

Hans Peter Schaefer, 0221/809-6234

hp.schaefer@lvr.de

## e-learning

### Aufbaubildungsgang für die Offene Ganztagsgrundschule

Westfälisches Berufskolleg geht neue Wege

Nach erfolgreichem Start des Aufbaubildungsganges Offene Ganztagsgrundschule (OGS) im Schuljahr 2004/2005, ein Modellversuch des Landes Nordrhein-Westfalen, bietet das Westfälische Berufskolleg diesen Bildungsgang ab Februar 2006 zusätzlich als e-learning Studiengang an. Die Teilnehmer/-innen erarbeiten im ständigen Austausch mit den Dozenten/-innen des Berufskollegs große Teile der Unterrichtsinhalte über das Netz. In (reduzierten) Präsenztagen werden die Teilnehmer/-innen auf das Selbststudium vorbereitet, parallel werden in Regionalgruppen, aber auch in Diskussionsforen Möglichkeiten zum gemeinsamen Erfahrungsaustausch geboten.

Das Westfälische Berufskolleg will mit diesem Bildungsgang, der sich über vier Schulhalbjahre erstreckt, insb. jenen Berufstätigen, denen ein konti-

nuierlicher Schulbesuch aufgrund beruflicher Verpflichtungen nicht möglich ist, die Chance geben, sich trotzdem für eine koordinierende Tätigkeit im System des Offenen Ganztags zu qualifizieren.

#### Ausbildungsziel

Die Absolventen/-innen des Aufbaubildungsganges „Offene Ganztagsgrundschule“ übernehmen eine zentrale Rolle innerhalb des außerunterrichtlichen Personals im Bereich der „Offenen Ganztagsgrundschule“.



Sie erfüllen wesentliche Aufgaben in der Angleichung der Bildungschancen von Kindern, in dem sie einen professionellen Beitrag zum Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrag der ‚Offenen Ganztagsgrundschule‘ leisten.

Innerhalb dieses Bildungsganges erwerben die Teilnehmer/-innen vielfältige Fähigkeiten, mit denen sie zielgerichtet Kinder innerhalb ihrer spezifischen Entwicklungssituation wahrnehmen und fördern können. Die Förderung bezieht sich dabei auf

unterschiedliche Ebenen, sie umfasst wesentliche kindliche Entwicklungsdimensionen: Sprache, Natur, Kultur, Kreativität/Spiel, Bewegung.

Die Arbeit im System Schule in Kooperation mit Trägern der Jugendhilfe, didaktisch-methodische Verfahren bei der Vermittlung schulischer Lerninhalte, freizeitpädagogische Aspekte und deren Umsetzung in unterrichtsfreien Zeiten und in den Ferien sowie sozial- und heilpädagogische Kompetenzen bei Lern- und Verhaltensauffälligkeiten sind wesentliche Aspekte eines Qualifikationsprofils, das aufbauend auf den Grundlagen der schulischen Erstausbildung in dem Aufbaubildungsgang vermittelt werden soll.

#### Dauer und Organisation

Die Ausbildung wird in zwei Formen angeboten:

- anderthalbjährig vor Ort in Hamm, der Unterricht findet 14tägig sowie in Blockwochen statt;



## Integrieren statt Ausgrenzen

### Kinder mit besonderem erzieherischen Förderbedarf in der OGS

#### Neue Broschüren von ISA & LfS.

Zwei aktuelle Hefte der vom Institut für soziale Arbeit (ISA) und dem Landesinstitut für Schule/Qualitätsagentur herausgegebenen Broschürenreihe „Die Offene Ganztagschule in NRW – Beiträge zur Qualitätsentwicklung“ widmen sich den Fragen:

- Was sind mögliche Hilfen für Kinder mit besonderem erzieherischen Förderbedarf in der Schule?
- Wie können sie gemeinsam entwickelt werden?
- Was sind notwendige Voraussetzungen für eine gemeinsame Förderpraxis, aber auch Grenzen?

Dabei werden jeweils zwei Perspektiven konsequent berücksichtigt: die von Jugendhilfe und von Schule. Autoren/-innen beider Professionen

- zweijährig auf der Basis von blended e-learning, Präsenzunterricht wird kombiniert mit Erfahrungsaustausch in Regionalgruppen und Eigenstudium über das Internet.

Skripte, Arbeitsaufgaben usw. werden über das Internet zur Verfügung gestellt. Eine kontinuierliche Betreuung durch die Dozenten/-innen ist über E-Mail, Chatrooms, Foren und Telefon sichergestellt

#### Aufnahmevoraussetzungen

Abgeschlossene Fachschulausbildung von mindestens zweijähriger Dauer im sozialpädagogischen, pflegerischen oder hauswirtschaftlichen Bereich. Über Ausnahmen entscheidet die Schulleitung im Einvernehmen mit der Bezirksregierung.

#### Studenten/Lernfelder

- Organisation/Struktur/Recht (80 bis 120 Std.): Schulsystem NRW, Grundschule, OGS; Kooperationspartner; Konzeptionen;

- Didaktik/Methodik (120 bis 180 Std.): räumlich/sächliche Voraussetzungen; additive/integrative Ansätze; Hausaufgabenbetreuung; Freizeitgestaltung; interkulturelle Erziehung; Teamarbeit;
- Sozial- und Heilpädagogik (120 bis 180 Std.): Lernen und Entwicklung; Lernstörungen; Verhaltensauffälligkeiten; Integration von Kindern mit Behinderungen; Konflikte; Kooperation mit Fachdiensten;
- Projektarbeit (60 Std.): Durchführung eines Projektes in der Praxis;
- Wahlbereich (0 bis 80 Std.): Gesprächsführung; Psychomotorik; Entspannung; Verhaltensmodifikation; Hauswirtschaft.

*Kontakt: Westf. Berufskolleg, Fachschulen Hamm, Heinz-Joachim Büker, Margret Schumacher, Heithofer Allee 64, 59071 Hamm  
Telefon 02381/893-441, E-Mail: a.wortmann@wkp-lwl.org*

[www.westf-berufskolleg.de](http://www.westf-berufskolleg.de)

## Aufbaubildungsgang Offene Ganztagschule ab 2006/07 auch im Rheinland

Für das Schuljahr 2006/07 plant das Berufskolleg des Landschaftsverbandes Rheinland am Schulstandort Düsseldorf die Einrichtung eines „Aufbaubildungsgangs Offene Ganztagschule“.

Das Weiterbildungsangebot richtet sich an staatlich anerkannte Erzieher/-innen und Heilerziehungspfleger/-innen, die in den Offenen Ganztagschulen im Rheinland im außerunterrichtlichen Bildungs- und Betreuungsangebot arbeiten. Die Teilnehmer/-innen erwerben, ausgehend von ihren Erstausbildungen, sowohl fachliche als auch Management-Kompetenzen, um neben den betreuenden und erzieherischen Aufgaben auch koordinierende und leitende Tätigkeiten ausüben zu können. Ein Schwerpunkt wird im sonder- und heilpädagogischen Bereich liegen. Weitere Inhalte werden sich auf das Schulrecht und die Schuldidaktik beziehen. – Der Bildungsgang umfasst 600 Stunden, verteilt auf zwei Wochentage und zwei Kompaktwochen.

*Weitere Infos (ab November!) unter: [www.berufskolleg.lvr.de](http://www.berufskolleg.lvr.de).  
Kontakt: Berufskolleg des LVR, Am großen Dern 10, 40625 Düsseldorf  
E-Mail: [dietmar.schoenberger@lvr.de](mailto:dietmar.schoenberger@lvr.de)*

schildern fachliche Positionen und Grundlagen aus ihrem Blickwinkel.

Im ersten Heft werden die jeweiligen Modelle der Förderung durch den Blick auf ein Fallbeispiel erkennbar. Teil 1 der Themenfolge hat den Titel: „Niemand weiß, was ich um die Ohren habe.“ Förderkonzepte von Schule und Jugendhilfe – zwei Blickwinkel auf den „Fall Tim“.

Beispiele bestehender Förderpraxis im zweiten Heft liefern Ideen und Impulse – mithin Brücken zwischen Schule und Jugendhilfe. Teil 2 der

Themenfolge hat den Titel: „Besonderer erzieherischer Förderbedarf und Offene Ganztagschule – Positionsbestimmungen und Beispiele guter Praxis“.

*Kostenloser Download oder Bestellung (Kosten für Versand) unter: [www.isa-muenster.de/publikationen](http://www.isa-muenster.de/publikationen).*

*Kontakt: ISA, Dr. Stephan Maykus, Stadtstr. 20, 48149 Münster  
Telefon 0251/27059-46, E-Mail: [isa.maykus@muenster.de](mailto:isa.maykus@muenster.de)*

**ISA Newsletter 3/2005, S. 9**



## kultur im ganzttag

### Ideen und Anregungen zur Praxis der kulturellen Bildung in der OGS

07./08.11.2005 im Jugendhof Vlotho

Fortbildungsveranstaltung von Landesjugendamt Westfalen-Lippe und Jugendhof Vlotho

Praxisprojekte der kulturellen Bildung gehören an vielen offenen Ganztagschulen von Anfang an zum Standard der außerunterrichtlichen Angebotspalette. Die Bildungsmöglichkeiten, die sich eröffnen, gehen über den Bereich der kognitiven Kompetenzen weit hinaus und stellen oft eine Art Ausgleich zum Unterricht und seiner Lernstruktur her.

Kinder, die tanzen, Theater spielen, singen, musizieren, malen und kreativ schreiben machen im Prozess neue Erfahrungen über sich selber und die anderen Kinder, mit denen sie agieren. Veränderte Methoden, ungewöhnliche Lernformen, die Möglichkeit zu experimentieren und sich gestalterisch auszudrücken, der Einsatz aller Sinne – dies macht die Besonderheit der kulturellen Bildung und ihrer künstlerischen, kulturellen und medialen Angebote aus.

Mit dieser Veranstaltung dazu beigetragen werden, die angedeuteten Besonderheiten der kulturellen Bildung in der praktischen Aneignung für die Teilnehmer/-innen selber erfahrbar zu machen. In sechs Workshops haben sie die Möglichkeit, die Vielfalt kultureller Bildungsprozesse ein Stück weit zu erfahren und damit zugleich ihre besonderen Ausdrucksweisen, Arbeitsformen und Methoden kennen zu lernen.

Die Veranstaltung richtet sich an die in der Praxis der offenen Ganztagschule tätigen Fachkräfte der außerunterrichtlichen Angebote, Lehrer/-innen sowie an außerschulische Träger.

Kontakt & Infos:

LWL, Landesjugendamt und Westfälische Schulen, 48133 Münster  
Frau Grieshop-Sander, Telefon 0251/591-5877, E-Mail: irmgard.grieshop-sander@lwl.org  
Herr Dr. Thoring Telefon -4588, E-Mail: wolfgang.thoring@lwl.org

## Tanz in Schulen

### Nachfrage nach „Kreativem Kindertanz“ steigt

#### 20. Fortbildung für Tanzpädagoginnen

Bereits im dritten Jahr vermittelt das NRW Landesbüro Tanz äußerst erfolgreich Tanzpädagoginnen/-innen für kreativen Kindertanz an Grundschulen. Die Kinder verbessern nicht nur ihre motorische Koordination, sie erleben auch eine neue Form sich auszudrücken. Die Erfahrung hat gezeigt, dass „tanzende“ Schulklassen in anderen Unterrichtsfächern besser zusammen arbeiten und sich besser konzentrieren.

Dies kommt nicht von ungefähr. Denn seitdem das NRW Landesbüro Tanz im Schuljahr 2003/04 Tanz-AGs in Offene Ganztagsgrundschulen einführte, organisiert die Projektleiterin

Linda Müller monatlich Fortbildungen für die Tanzpädagoginnen ihres Pools. Dadurch wird erreicht, dass die Qualität des Unterrichts durch gemeinsam erarbeitete Lehrziele und Methoden garantiert ist. Zudem führt die Deutsche Sporthochschule Köln eine wissenschaftliche Auswertung des Projekts „Tanz in Schulen“ durch.

Am 29./30. Oktober findet in Marl das 20. Fortbildungsseminar statt, für das die renommierte englische Dozentin Jenny Hill gewonnen werden konnte. Zeitgleich eröffnet in Marl das mehrwöchige Transit-Festival, TanzTheater für junges Publikum, das anschließend durch weitere Städte

NRWs touren wird (mehr Infos unter: [www.transit-tanz.de](http://www.transit-tanz.de)).

Infos & Kontakt:

NRW Landesbüro Tanz, Linda Müller, Im Mediapark 7, 50670 Köln, Telefon 0221/2265754, E-Mail: [LM@tanznrw.de](mailto:LM@tanznrw.de)

[www.tanzinschulen.kulturserver.de](http://www.tanzinschulen.kulturserver.de)

## [www.ganzttag.nrw.de](http://www.ganzttag.nrw.de)

Der vom Landesinstitut für Schule gestaltete Internet-Auftritt zum „Ganzttag“ in NRW bietet u. a.

- aktuelle Informationen zu Tagungen, Fortbildungen, Förderung und Antragsverfahren,
- Praxisbeispiele,
- Materialien & Richtlinien,
- Beratungskontakte/-partner landesweit und vor Ort in den Regionen,
- Standorte von u.a. Offenen Ganztagschulen im Primarbereich und
- eine Job-Börse als Marktplatz zur Vermittlung von Jobs im Ganztagsbereich.



## Mehr Bildungszeit für Kinder

### Schritte auf dem Weg zur Ganztagsgrundschule

#### Praxispreis des Grundschulverbandes

Der Grundschulverband setzt sich für mehr Zeit am Schultag für alle Kinder ein, um die pädagogischen Handlungsmöglichkeiten an der Grundschule zu erweitern. Der Grundschulverband fordert, neben den familienpolitischen auch bildungspolitische Gründe wirksam werden zu lassen: Ganztagschule als Schule mit mehr Bildungszeit für Kinder.

lassen: Ganztagschule als Schule mit mehr Bildungszeit für Kinder.

Die Ausschreibung richtet sich an alle Grundschulen, die sich auf den Weg gemacht haben, ihre Schule in Richtung Ganztagschule mit mehr Bildungszeit für Kinder zu verändern. Der Praxispreis soll dazu beitragen, diese Ansätze anzuerkennen, sie in das öffentliche Bewusstsein zu rücken und die Position des Grundschulverbandes zu verbreiten.

Der Praxispreis des Grundschulverbandes wird an fünf Grundschulen verliehen. Jede Preisträger-Schule erhält 2.000 EUR und stellt ihr Konzept und ihre Erfahrungen bei einem Grundschulforum in Frankfurt/Main im März 2006 vor.

**Bewerbungsfrist ist der 31.10.2005.**

Infos & Ausschreibung unter:  
[www.grundschulverband.de](http://www.grundschulverband.de)

## Wettbewerb „Zeigt her eure Schule“

In jedem Jahr werden von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) und dem BMBF mit dem Ganztagschulwettbewerb „Zeigt her eure Schule“ Ganztagschulen dazu aufgefordert, ihre guten Ideen zu veröffentlichen – und andere Schulen so zum Nachahmen anzuregen.

Den Preis bestimmen die Gewinner selbst! Diese Schulen erhalten mit Unterstützung der DKJS in ihrer Nähe etwas, das man nicht einfach kaufen kann, allen Beteiligten zugute kommt und an ihrer Ganztagschule fehlt. – Der Wettbewerb „Zeigt her eure Schule“ ist Bestandteil des Begleitprogramms „Ideen für mehr! Ganztägig lernen“.

Infos : [www.ganztaegig-lernen.de](http://www.ganztaegig-lernen.de)

## WDR-Kinderrechte-Preis 2006

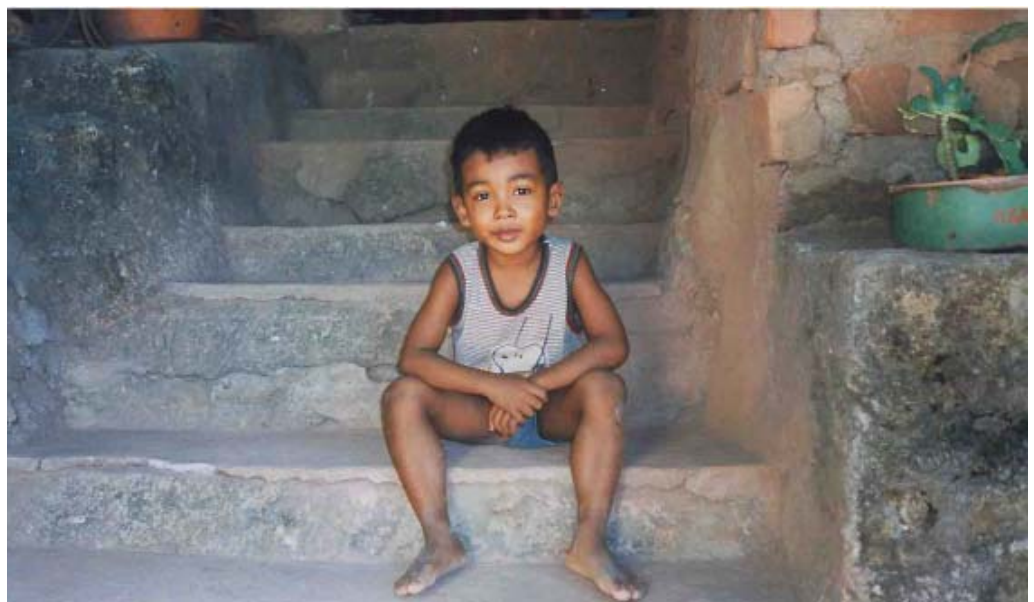
### Der WDR lobt zum 6. Mal den „WDR-Preis für die Rechte des Kindes“ aus

Ziel des Preises ist es, Initiativen zu fördern, die die Kinderrechte in NRW vorbildlich und unkonventionell umsetzen. Mit der Preisverleihung soll die öffentliche Diskussion über die Kinderrechte auf Schutz, Entwicklung und Beteiligung verstärkt werden, die in der UN-Kinderrechte-Konvention festgelegt sind.

Hintergrund für den WDR-Preis ist die Tatsache, dass die UN-Konvention über die Rechte des Kindes noch immer vielen unbekannt ist: In dieser Konvention werden Kindern umfassende Bürgerrechte zugesichert und die Unterzeichnerstaaten zum Schutz der Kinder verpflichtet. Deutschland hat die Konvention 1992 unterzeichnet, doch zwischen der formalen Akzeptanz und ihrer Verwirklichung klafft immer noch eine große Lücke.

#### Bewerbungsverfahren

Der „WDR-Preis für die Rechte des Kindes“ richtet sich an Einzelperso-



Laurell Romina Rantholah, 11 J., Mahajanga/Madagaskar

nen, Gruppen und Institutionen in Nordrhein-Westfalen, die die Umsetzung der Kinderrechte in vorbildlicher Weise betreiben.

Der WDR-Preis für die Rechte des Kindes ist mit insg. 5.500 EUR dotiert. Die Arbeit der Preisträger wird außerdem veröffentlicht, u.a. im WDR-Programm und bei der Preisverleihung anlässlich des Weltkindertagsfestes 2006 in Köln.

Eingereicht werden können Beispiele aus den Jahren 2003-2006.

Teilnahmevoraussetzung ist die schriftliche Kurzdarstellung des durchgeführten Projektes/der Aktion.

Titel, Thema, Ort, Zeitraum, Trägerschaft, Initiatoren, Finanzierung, Umfang und Zielrichtung des Projektes müssen aus den Unterlagen hervorgehen.

**Bewerbungsfrist ist der 31.03.2006.**

Die Bewerbungsunterlagen sind zu richten an: WDR, Kennwort Kinderrechte, 50608 Köln  
Telefon 0221/220-2957, E-Mail: [kinderrechtspreis@wdr.de](mailto:kinderrechtspreis@wdr.de)

Weitere Infos unter:  
[www.wdr.de/radio/kinderrechtspreis2006/](http://www.wdr.de/radio/kinderrechtspreis2006/)

# Ganztagschulkongress 2005

## Vertrauen schafft Mut

von Peer Zickgraf

Aufbruchstimmung und internationales Flair zog sich durch den zweiten Ganztagschulkongress am 2. und 3. September 2005 im Berliner Kongresscenter bcc. Die Ganztagschulen sind endlich in der bundesdeutschen Schullandschaft angekommen: Sie werden allmählich – wie in ganz Europa – selbstverständlich. Das zeigte sich auch in den sechs Arbeitsforen zum Thema individuelle Förderung und nicht zuletzt in den Regionalen Foren der 16 Bundesländer am zweiten Tag des Kongresses. Die Arbeit hat begonnen – und die Professionalisierung ist in vollem Gang.

„Es macht Spaß nach Deutschland zu kommen, denn hier wird Schule noch diskutiert.“ Rainer von Grootte, der als Deutscher seit 25 Jahren in Schweden lebt, hatte keinen Grund, seine Zufriedenheit zu verbergen. Von Grootte, ein aufgeschlossener und Vertrauen erweckender Mann, war als Referent für das schwedische Schulentwicklungskonzept „Skola 2000“ zum Ganztagschulkongress eingeladen worden. Schweden und Finnland – beim Fördern starker oder schwacher Schüler/-innen sind sie beispielgebend geworden.

Nicht wenige betrachten sie gar als Entwicklungshelfer, zumindest aber als Vorbilder, denn seit PISA hat es sich herumgesprochen, dass es einen engen Zusammenhang zwischen schulischer Leistung und individueller Förderung gibt. Individuelle Förderung, die mit einer Kultur der Wertschätzung des Einzelnen verbunden ist, wurde in Deutschland aus historischen Gründen lange Zeit vernachlässigt. Deshalb ist beim Thema individuelle Förderung der Blick ins Ausland ebenso notwendig wie das Ausfindigmachen guter Beispiele in Deutschland selbst.

### Auf die Stärken kommt es an

Mit Rainer von Grootte und der Schulleiterin Karin Bossaller war schwedische Gelassenheit in Forum 1 eingezogen. „Jedes Kind hat seine Stärken – individuelle Förderung im

Unterricht“ lautete die Überschrift zum Forum 1. Dass die Schwedin Bossaller eine Beispielschule leitet, die Grundschule an der Gramker Heerstraße in Bremen, ist ein Beleg dafür, dass skandinavische Managementkompetenz von Nutzen ist, weil sie dem Anspruch der Schüler/-innen auf individuelle Förderung besonders gerecht wird: „Schluss mit dem defizitären Blick, der Entwicklung hemmt“, forderte die Schulleiterin. Stärken müssen wahrgenommen und anerkannt werden. „Kinder lernen auf unterschiedliche Weise – dafür muss in der Schule Platz sein. Und: Kinder brauchen klare Lernziele, die für sie sichtbar und verständlich im Lernraum präsent sind. Lernziele, die – ausgehend von ihren Stärken – gemeinsam evaluiert werden.“ Doch Bossaller redet nicht nur, sie lässt ihren Worten, wie im Film „Treibhäuser der Zukunft“ von Reinhard Kahl zu sehen, auch Taten folgen.

Karin Bossaller gehört ebenfalls zu jenem Menschentyp, der auf Antrieb Vertrauen einflößt: in sich selbst ruhend, aufmerksam, hilfsbereit. Schüler/-innen bekommen von ihr ein emotionales Grundnahrungsmittel geschenkt: Anerkennung und Wertschätzung unabhängig von ihrer Leistung. Und dennoch gelingt es der Grundschule, den Kindern auch Lust an Leistung und Erfolg, also an Selbstwirksamkeit zu vermitteln. An der Grundschule an der Gramker Heerstraße lernen Schüler/-innen in altersgemischten Gruppen abwechselnd mit Unterricht und Freizeit. Der Tag ist so rhythmisiert und die Lernarrangements sind so angelegt, dass Selbstständigkeit und Gemeinschaft gleichzeitig zu ihrem Recht kommen. „Die Schule wird ein Ort zum Lernen und Leben“, so Bossallers Resümee.

### Skola 2000: vorweggenommene Zukunft

Eine Schwedin in Deutschland und ein Deutscher in Schweden, vielleicht sieht so die Zukunft der Ganztags-



schulen in einigen Jahren in Europa aus? Rainer von Groote stellte im Forum 1 das schwedische Konzept Skola 2000 vor, das von Ingemar Mattson entwickelt wurde. Von Groote war Lehrer und Schulleiter in Schweden. Als freier Mitarbeiter von Skola 2000 war er ein Handlungsreisender in Dingen individuelle Förderung nach schwedischem Rezept. Schulen, die in Schweden nach dem Konzept von Skola 2000 arbeiten, gelten als Vorbildschulen, nicht zuletzt deswegen, weil sie außer Innovationen besondere Erfolge bei PISA verbuchten. Skola 2000-Schulen gibt es außer in Schweden auch in Dänemark und Norwegen.

Skola 2000 sieht laut von Groote individuelle Lehrpläne für die Schüler/-innen vor. „Die Verantwortung für den Erfolg der Kinder und Jugendlichen liegt bei der Schule selbst“, so der Bildungsberater. Die Lehrer/-innen arbeiten in fünf- bis achtköpfigen Teams und begreifen sich als Mentoren und Betreuer. Die Teams moderieren fächerübergreifenden Unterricht für Schülergruppen von bis zu 80 Kindern und Jugendlichen. Und: „Die Lehrer definieren in einem persönlichen Gespräch mit den Schülern oder den Schülergruppen die Ziele.“

Skola 2000 bedeutet insbesondere Schülerpartizipation: Um acht Uhr in der Früh wird in einer Morgenversammlung die Tagesorganisation besprochen. „Schwache Schüler können nicht sitzen bleiben und starke werden individuell gefördert“, so von Groote weiter. Ebenso wie an der Grundschule an der Gramker Heerstraße gibt es bei Skola 2000-Schulen für die besagten Schülergruppen Lernhäuser statt Klassen. Architektonisch zeichnen sich diese Schulen durch Offenheit, viel Licht und Intimität aus. „Es gibt viele kleine Schulen innerhalb der großen Schule“, ergänzt von Groote.

### Zukunftsschulen in Deutschland

Was den Schweden durch eine reformfreudige Schulpolitik gewissermaßen in den Schoß fiel, ist in Deutschland eher eine Frucht langjähriger Anstrengung: „Der Prozess unserer Schulwerdung ist das Ergebnis 35-jähriger harter Arbeit“, sagt der bekannte Schulleiter der Bodenseeschule Alfred Hinz im Forum 1.

Die Herausforderung für die Bodenseeschule besteht darin, „Schule neu zu denken, von der ersten Stunde am Montagmorgen bis zur letzten Stunde am Freitagnachmittag“.

Vor diesem Hintergrund hat die Schule sieben Strukturelemente entwickelt: Morgenkreis, freie Stillarbeit, vernetzter Unterricht, Fachunterricht, Mittagsfreizeit, Handwerkserziehung und Freizeiterziehung. „Das zielt darauf, die Stärken jedes einzelnen Kindes herauszufinden und individuell zu fördern“, so Hinz. Dem liege auch eine radikal andere Form von Schule zugrunde.

### Bildungschancen für alle?

Bildungschancen für alle – davon ist man in Deutschland noch immer weit entfernt. Doch ihnen gilt ein Großteil der Bildungsreforminitiativen, darunter des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Es ist ein wesentlicher Ansatzpunkt für das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ des Bundes, das mit dem Auf- und Ausbau von Ganztagschulen auch den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufbrechen will. Nicht zuletzt deshalb will man in Deutschland von Skandinavien lernen. „Eine Schule für alle – den Kreislauf von Sozialschicht und Schulerfolg durchbrechen“, lautete entsprechend der Vortrag im Workshop von Prof. Christian Palentien von der Uni Bremen.

Palentien überraschte mit einer provokativen These: „Wir haben mit allen Reformen viel erreicht, nur nicht das Subjekt.“ Viele Kinder und Jugendliche lassen sich nicht mehr mit herkömmlichen Bildungsangeboten ködern. Palentien schlug deshalb vor, formale Bildung (Schule), nonformale (Jugendzentren, Studienkreise) und informelle Bildung (Peers, Medien u. a.) zusammenzuführen. „Die Möglichkeiten hierzu kann man an Ganztagschulen wesentlich besser entwickeln“, so der Wissenschaftler.

### Auf der Suche nach dem Subjekt

Verschiedene Maßnahmen führen für Palentien zum Ziel einer Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Zum Beispiel den Unterricht nicht immer undifferenziert auf alle auszurichten, in der Hoffnung, dass das Niveau der Einzelnen steige. Risikokinder müssten

gezielt angesprochen werden. Die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule solle intensiv ausgebaut werden und finanzielle Förderung in jene Stadtteile und Sozialräume fließen, die benachteiligt seien. „Wir müssen weg von der Defizitperspektive hin zur Straße“, folgerte Palentien. Zum Leistungsportfolio gehört für den Experten nicht nur Mathe, sondern auch Sport und Hip Hop. Schule als Lernort müsse als Lebensort umstrukturiert werden, statt Entmischung müsse die Heterogenität gefördert werden. Palentien forderte vor diesem Hintergrund für alle Lehramtsstudenten eine integrative, sonderpädagogische Ausbildung.

Das Prinzip der individuellen Förderung fängt ganz früh an, es unterstützt bereits die elementaren Grundlagen schulischer Bildung: „Der Schulerfolg hängt wesentlich von einer guten Lese-Rechtschreibkompetenz ab“, so Urte Wehrhahn im Workshop „Fördern mit Konzept“ im Forum 1. An der IGS Vahrenheide in Niedersachsen hat die Pädagogin das Konzept der „Individuellen Förderplanung“ eingeführt – für Fünft- und Sechstklässler. „Zuerst wird die Lernausgangslage aller Schüler, die in die fünfte Klasse eingeschult werden, untersucht“, so Wehrhahn. Drei Instrumente kommen dabei zur Anwendung: ein Schulleistungstest, der Sprachverständnis, Leseverständnis, Rechtschreibwissen und Mathekenntnisse abfragt. Außerdem werden eine Schreibprobe und je ein Eltern- und Lehrerfragebogen erhoben. „Die Testergebnisse können mit den Kindern besprochen werden. Sie lernen über den eigenen Lernprozess nachzudenken und eigene Lernstrategien zu entwickeln“, erläuterte die Pädagogin.

Nun können Entwicklungsprofile angelegt werden. Die Lehrer/-innen, die extra in Diagnostik und Förderplanung geschult wurden, begleiten diesen Prozess durch tägliches systematisches Üben. „Die Leistungen der Schüler/-innen verbesserten sich merklich, denn die Lehrer waren in der Lage, auf die Stärken und Schwächen ihrer Schüler gezielt einzugehen“, resümierte Wehrhahn. (...)

### Mut zum Vertrauen

Ein bekannter deutscher Bildungsjournalist, ein sympathischer Finne,

ein kluger Professor aus Berlin: Sie bestritten einen Höhepunkt des Ganztagschulkongresses, die abschließende Gesprächsrunde. Moderator Reinhard Kahl, Jorma Lempinen, Schulleiter und Vorsitzender der Finnischen Schulleiterorganisation SURE-FIRE, und Prof. Dieter Lenzen, Präsident der Freien Universität Berlin diskutierten das Thema „Ganztagschulen – Chancen für eine bessere individuelle Förderung“. Es entspann sich zwischen den drei Bildungsexperten eine Art „Ping-Pong-Spiel“, das viel Applaus beim Publikum hervorrief.

„Innovation“, „Autonomie“, „Eine Schule für alle“ und vor allem „Vertrauen“ lauteten die Schlüsselworte des Gespräches. Für Dieter Lenzen sind individuelle Förderung und Kreativität an Ganztagschulen eine Bedingung für Innovationsfähigkeit, um Kindern aus bildungsfernen Familien bessere Chancen zu ermöglichen. Vertrauen war das Schlüsselwort für Jorma Lempinen. Vertrauen stifte eine „Vertrauenskette“: zwischen Staat und Kommunen, zwischen Kommunen und Schulen, zwischen Schulen und Lehrern, zwischen Eltern und Lehrern sowie zwischen Eltern und den Schüler/-innen. Individuelle Förderung, die auf Vertrauen aufbaue, erzeugt Lempinen zufolge eine positive Spirale aus Individualisierung und Gemeinschaftlichkeit.

„Viele Schulen haben sich auf den Weg gemacht, die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt zu stellen“, resümierte die Geschäftsführerin der DKJS, Heike Kahl. „Der Kongress hat eine wirkliche Bewegung erzeugt und die Motivation des vergangenen Kongresses weiter getragen.“ Und noch eines steht fest: Mit dem Ausbau von Ganztagschulen ist Deutschland in Europa angekommen.

*Die Dokumentation des Ganztagschulkongresses 2005 erscheint im Rahmen der „Bildungsreform“-Reihe des Bundesministeriums für Bildung und Forschung Ende 2005.*

*Tagungsbeiträge sowie weitere Berichte über den Kongress gibt es unter: [www.ganztagschulen.de](http://www.ganztagschulen.de)*

*Kontakt: Online-Redaktion,  
Herr Zickgraf, E-Mail:  
[p.zickgraf@digitale-zeiten.de](mailto:p.zickgraf@digitale-zeiten.de)*

© [www.ganztagschulen.org](http://www.ganztagschulen.org)

# Jugendverbände gestalten Nachmittagsbetreuung an Ganztagschulen mit

## Kooperationsvereinbarung von Landesregierung und Hessischem Jugendring



Die Jugendverbände sollen in Hessen die Nachmittagsbetreuung an den Ganztagschulen mitgestalten und bereichern. Die Landesregierung und der Hessische Jugendring haben hierfür mit einer Kooperationsvereinbarung die Grundlage geschaffen. Kultusministerin Karin Wolff, Sozialministerin Silke Lautenschläger und der Vorsitzende des Hessischen Jugendrings, Stefan Haid, unterzeichneten das Rahmenabkommen, das den beteiligten Schulen und Verbänden wichtige Hilfestellungen für die Zusammenarbeit und einen verbindlichen Rahmen für den Abschluss von Kooperationsverträgen gibt.

„Die Jugendverbände verfügen über ein breites Spektrum an ausgezeichneten Bildungs- und Erziehungsangeboten, mit dem sie Zugang zu den jungen Menschen finden und außerschulisch erfolgreich arbeiten. Dieses Potenzial gilt es zu nutzen und in die Nachmittagsbetreuung zu integrieren, damit diese möglichst vielseitig ist. Auf diese Weise können die Kinder und Jugendlichen an ehrenamtliches Engagement herangeführt werden“, erklärte Sozialministerin Silke Lautenschläger.

Die qualitative und quantitative Erweiterung des Angebots soll Schüler/-innen zu aktiver Mitbestimmung und Mitgestaltung in und außerhalb der Schule motivieren. „Die hessischen Jugendverbände stehen mit ihrer Bildungsarbeit für die Vermittlung von sozialen Kompetenzen wie Selbstorganisation, Teamfähigkeit und gesellschaftlichem Engagement. Die Rahmenvereinbarung zwischen Kultus-, Sozialministerium und den Jugendverbänden ist eine wesentliche Grundlage für die verstärkte Kooperation zwischen schulischer und außerschulischer Jugendbildung in Hessen“, hob Stefan Haid hervor.

Für das Schuljahr 2005/06 hat Hessen 49 Schulen neu ins landesweite

„Ganztagsprogramm nach Maß“ aufgenommen. Damit werden ab Herbst 336 Schulen über ein Ganztagsangebot verfügen. Die Richtlinien für ganztätig arbeitende Schulen in Hessen verlangen eine ergänzende Förderung und ein verlässliches Bildungs- und Betreuungsangebot. Neben Hausaufgabenbetreuung und Förderunterricht gehören dazu Wahlangebote wie Umweltschutz oder Musik „Nicht nur Lehrer/-innen, auch Vereine und freie Träger können sinnvolle Angebote machen. Es ist wichtig, die Kräfte zu bündeln und den Nachmittag gemeinsam zu organisieren“, sagte Kultusministerin Wolff. (...)

Die Vereinbarung zwischen Ministerien und dem Hessischen Jugendring bildet die Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen den Schulen mit Ganztagsangeboten und den Jugendverbänden. Vertragspartner sind die jeweiligen Schulen und Jugendvereine vor Ort. Sie vereinbaren konkrete Angebote, die in der Regel in der Schule stattfinden. (...) Auch die versicherungsrechtlichen Aspekte, die für eine solche Zusammenarbeit wichtig sind, finden Berücksichtigung. Die Maßnahmen gelten als schulische Veranstaltungen mit entsprechendem Versicherungsschutz.

Besondere Bedeutung messen die Kooperationspartner der gemeinsamen Qualitätsentwicklung bei den Angeboten bei. Dazu soll eine Evaluation der Maßnahmen erfolgen und ein hessenweites Fortbildungsangebot sichergestellt werden.

*Den Text der Kooperationsvereinbarung sowie weitere Infos und*

*Materialien unter:  
[www.hessischer-jugendring.de](http://www.hessischer-jugendring.de)  
(Allgemeine Infos/Jugendarbeit  
und Schule)*

**Pressemitteilung Hessischer  
Jugendring vom 13.06.2005**

# „Soziale Gerechtigkeit als Bildungsgerechtigkeit“

## Aufruf für einen Bildungspakt zwischen Jugendhilfe und Schule



*Über 100 Wissenschaftler/-innen sowie Verbandsvertreter/-innen haben Anfang 2005 den folgenden Aufruf für einen Bildungspakt zwischen Jugendhilfe und Schule unterzeichnet.*

Die Ergebnisse von PISA II bestätigen abermals die Abhängigkeit des Schulerfolgs von der sozialen Herkunft der Schüler/-innen. Die Diagnose ist nicht neu, aber nach wie vor fehlen überzeugende Strategien für eine sozial gerechte Rahmung von Bildungsprozessen der nachwachsenden Generation. Angesichts dieser Ausgangslage fordern wir aus erziehungswissenschaftlicher, bildungs- und jugendpolitischer Sicht einen Pakt zwischen Jugendhilfe und Schule.

Dieser Pakt ermöglicht eine kritische Analyse der sozialen und leistungsbezogenen Ausschlussmechanismen des hoch selektiven Schulsystems und seiner Folgen. Vor allem eröffnet er die Chance zur Neugestaltung der sozial- und bildungspolitischen Bedingungen des Aufwachsens im Interesse der Kinder und Jugendlichen sowie ihrer Eltern. Das Ausklammern der gesamten nichtschulischen Pädagogik, insbesondere der Jugendhilfe, aus gegenwärtigen bildungspolitischen Kernüberlegungen ist unverantwortlich. Für die Umsetzung eines gesellschaftlichen und subjektorientierten Bildungskonzepts, das unterschiedliche Bildungsfelder systematisch verknüpft, ist die nichtschulische Pädagogik unverzichtbar. Sie ist jedoch nicht auf Betreuung zu reduzieren.

Erst eine konstruktive Zusammenarbeit von Sozial- und Schulpädagogik ermöglicht den systematischen Transfer zwischen informellen und formellen Bildungsanteilen. Schule und Jugendhilfe müssen eine gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und ihrer solidarischen Verpflichtung gegenüber Kindern und Jugendlichen nachkommen: 22 % der Schüler/-innen in Deutschland erreichen nur das unterste schulische Leistungsniveau und sind somit immer weniger in der Lage, den Übergang ins Berufsleben und damit in eine sich selbst tragende Existenz zu ge-

stalten. Für viele Jugendliche verschärft sich ihre Lebenssituation durch die katastrophale Ausbildungsmisere. Die verheerende Armut- und Erziehungssituation von Kindern in unterprivilegierten Familien erzeugt Bildungsungerechtigkeit. Hier müssen unter Beteiligung der Kinder und Jugendlichen konsequente Gegenstrategien ansetzen. Es gilt, gemeinsam strukturelle, organisatorische und individuelle Maßnahmen von Jugendhilfe und Schule zur umfassenden Bildungsförderung und -sicherung von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien zu entwickeln.

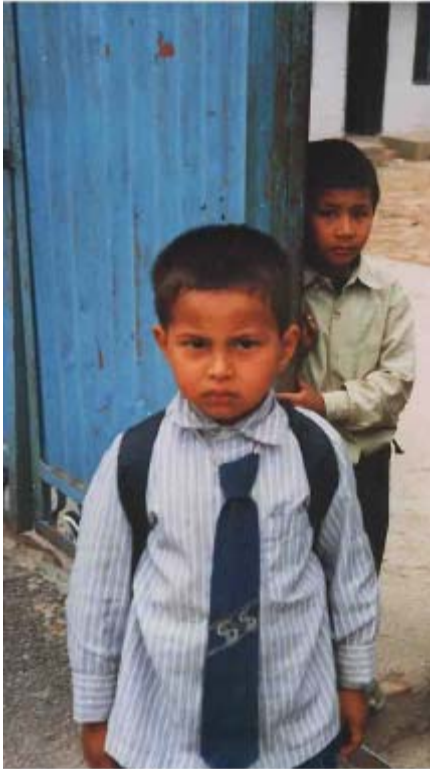
Eine gegenseitige Missachtung professioneller und disziplinärer Zugänge und die exklusive Betrachtung jeweils eigener Bildungs- und Lernkonzepte tragen zur Reproduktion von Ungleichheitsstrukturen bei. Ein Pakt zwischen Jugendhilfe und Schule ermöglicht Kindern und Jugendlichen umfassende Chancen für Bil-

dung und Lebenskompetenz. Jugendhilfe und Schule müssen daher die derzeitige bildungspolitische Dynamik konstruktiv nutzen und dürfen die Chance einer gemeinsamen Neuorientierung, die in der Entwicklung und Organisation einer „Ganztägigen Bildung“ liegt, nicht verstreichen lassen. Das heißt auch, dass bisherige Ansätze einer Kooperation von Jugendhilfe und Schule, sei es im Bereich der Schulsozialarbeit, der Gesamtschulen und der Modellschulen kritisch-konstruktiv geprüft werden müssen.

„Bildung ist mehr als Schule“. Dieser Leitspruch des Bundesjugendkuratoriums gilt mehr denn je. Im Bildungsprozess machen Kinder und Jugendliche individuelle und soziale Erfahrungen, die für die Entwicklung ihrer Lebensperspektiven unabdingbar sind. Notwendig ist deshalb die aktive und systematische Mitwirkung von Jugendhilfe und Schule an der







Umsetzung einer „Ganztägigen Bildung“, in der die Wechselwirkung und Dynamik der verschiedenen Bildungssphären – nicht zuletzt der Familien – berücksichtigt wird.

Ein Bildungspakt erfordert ein neues responsives Selbstverständnis von Jugendhilfe und Schule sowie eine offene Haltung gegenüber den unterschiedlichsten Leistungen und Räumen im Bildungsprozess. Das bildungspolitische und pädagogisch-praktische Potenzial eines Pakts zwischen Jugendhilfe und Schule bietet die große Chance, Ansprüche der nachwachsenden Generation in einer zunehmend auf Wissen, Kompetenzen und Fähigkeiten basierenden Gesellschaft zu gewährleisten. Dazu muss aber die Jugendhilfe ihre oft auch selbst gewählte Zuschauerrolle aufgeben, sich entschieden bildungspolitisch positionieren und auf den verschiedenen Ebenen ihrer Einflussnahme in Kooperation mit anderen gesellschaftlichen Akteuren, diesen Bildungspakt realisieren. Soziale Gerechtigkeit ist ohne Bildungsgerechtigkeit nicht zu haben und Bildungsgerechtigkeit lässt sich nur mit sozialer Gerechtigkeit verwirklichen.

*Der Aufruf als Download mit der Aufstellung der Unterzeichner unter:*

[www.uni-bielefeld.de/paedagogik/agn/ag8/Aufruf%20Bildungspakt.pdf](http://www.uni-bielefeld.de/paedagogik/agn/ag8/Aufruf%20Bildungspakt.pdf)

## Die Rechte des Kindes im deutschen Bildungssystem



### Auszüge aus einem Diskussionspapier der National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention

Die National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland legt die nachfolgenden Thesen vor, um die gegenwärtige bildungspolitische Diskussion um die konzeptionelle und strukturelle Weiterentwicklung der Schule durch weithin übersehene rechtliche Gesichtspunkte anzureichern. Sie ergeben sich aus den Staatenverpflichtungen, die die Bundesrepublik Deutschland nach der UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) völkerrechtlich verbindlich übernommen hat. Die National Coalition ist überzeugt, dass die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention im Schulwesen nicht nur die Rechte der Kinder und die in ihnen liegenden Entwicklungspotentiale stärken wird, sondern die Achtung der Individualität des Kindes die Schule als Bildungseinrichtung selbst leistungsfähiger und effizienter macht, nicht zuletzt, indem Lehrer/-innen ermutigt werden, ihrer ursprünglichen pädagogischen Motivation zu folgen und Schule aus diesem Engagement zu erneuern. Auf positive Einzelerfahrungen kann ermutigend zurückgegriffen werden; was fehlt, ist, das Schulwesen als Gesamtsystem mit dem „child-rights-focus“ zu durchdringen.

#### I. Völkerrechtliche Dimension der Bildungspolitik

(...) Durch die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen ist die innerstaatliche Rechtslage in einen verbindlichen völkerrechtlichen Kontext gestellt. Die in der UN-Kinderrechtskonvention niedergelegten Rechte bilden, wie die Jugendministerkonferenz durch Beschluss vom 26.06.1998 festgestellt hat, einen die Länder wie den Bund in gleicher Weise bindenden Maßstab für alle Bereiche des staatlichen Handelns, also auch

für das der Länderzuständigkeit unterliegende Schulwesen. (...)

Im Schulwesen ist dieser völkerrechtliche Handlungsrahmen bisher kaum beachtet worden. In den Schulen werden die Rechte des Kindes zwar vermehrt als Unterrichtsgegenstand behandelt; es wird aber nicht beachtet, dass die Strukturen und Arbeitsweisen der Schule – also die gesamte Schulwirklichkeit selbst – dem Anspruch der UN-Kinderrechtskonvention gerecht werden müssen. Die Schulpolitik steht daher vor der Aufgabe, die aus der UN-Kinderrechtskonvention folgenden Maßgaben aufzuarbeiten und in der Schulgesetzgebung und der Praxis des Schulalltags umzusetzen. (...)





## II. Defizite beim Recht auf Bildung

(...) Die UN-Kinderrechtskonvention enthält in den Art. 28 Abs. 1 und 2 und in Art. 29 Abs. 1 spezielle Vorgaben zum Recht des Kindes auf Bildung. Art. 28 der UN-KRK betrifft die erforderlichen rechtlich-institutionellen Sicherungen, Art. 29 gestaltet das Recht auf Bildung inhaltlich aus. Gute Erziehung und (Schul-)Bildung ist international anerkanntes Menschenrecht und eine unerlässliche Voraussetzung, um in einer Wissensgesellschaft wie der in Deutschland bestehen zu können.

Wenngleich der internationale Vergleich Defizite im deutschen Schulsystem offen gelegt hat, hält das deutsche Bildungswesen diesen speziellen rechtlichen Anforderungen der UN-Kinderrechtskonvention in weiten Teilen stand. Das gilt jedoch nicht hinsichtlich der Aufgabe, soziale, ethnische und kulturelle Disparitäten der Bildungsbeteiligung und des Bildungserfolgs auszugleichen. Einzelne Problemkonstellationen stellen dabei angesichts des sonst erreichten Standards eine besondere bildungspolitische Herausforderung dar:

- **Bildungsbenachteiligung durch soziale Ungleichheit:** Die im Vordergrund internationaler Kritik stehende Bildungsbenachteiligung durch soziale Ungleichheit ist nicht nur Ausdruck eines strukturellen Mangels an Chancengerechtigkeit im gegliederten Schulsystem Deutschlands, sondern untergräbt das Recht auf Bildung jedes einzelnen betroffenen Kindes. (...)
- **Kinderflüchtlinge:** Flüchtlinge, die noch Kinder sind, bleiben, solange ihr Aufenthaltsstatus bei bloßer Duldung oder während des laufenden Asylverfahrens unsicher ist, in mehreren Bundesländern von der

Schulpflicht ausgenommen. Sie haben zwar ein sog. „Schulbesuchsrecht“, das sie jedoch benachteiligt, indem nur die Schulpflicht die Schulen rechtlich bindet, den Schulbesuch dieser Kinder auch zu ermöglichen und pädagogisch angemessen zu gestalten. (...)

- **Migrantenkinder:** Kinder mit Migra-

tionshintergrund haben formal ein Recht auf Bildung wie alle anderen. Im schulischen Alltag jedoch droht dieses Recht leer zu laufen, indem häufig unzureichende frühzeitige Sprachförderung eine gleichberechtigte Teilhabe am Unterricht verhindert. Die daraus folgenden Unterrichtsbelastungen für alle Kinder führen weithin zur Diskriminierung der Kinder nicht-deutscher Herkunft als dafür verantwortliche Problemgruppe. Der Mangel an wertschätzender Anerkennung beeinträchtigt ihr Recht auf Bildung und behindert den Lernerfolg. (...)

- **Schulmüde Kinder:** Die erhebliche Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss und von Jugendlichen, die als „Schulverweigerer“ oder „Straßenkinder“ vom Bildungsangebot der Schulen überhaupt nicht erreicht werden, verweist auf grundsätzliche Fragen nach der kindbezogenen Ausrichtung schulischer Bildung. Insbesondere Schüler/-innen, deren „Schulkarriere“ aufgrund individueller oder sozialer Problemlagen oder Benachteiligungen durch Misserfolgserfahrungen und Schulversäumnisse geprägt ist, werden faktisch vom Recht auf Bildung ausgeschlossen.

Ihr nach Art. 28 UN-KRK garantiertes Recht betrifft im übrigen nicht nur die Schule, sondern löst zugleich die nach § 13 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes ergänzenden Verpflichtungen der Jugendhilfe aus, schulumüden jungen Menschen sozialpädagogische Hilfen anzubieten, die ihre schulische und berufliche Ausbildung, die Eingliederung in die Arbeitswelt und ihre soziale Integration fördern, wenn sie zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung indivi-

dueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind. (...)

## III. Defizite bei der Rechtsstellung des Kindes in der Schule

(...) Über die speziellen Bildungsartikel hinaus gelten für das Bildungswesen auch die allgemeinen Prinzipien, die in der UN-Kinderrechtskonvention niedergelegt sind und deren Verletzung völkerrechtswidrig ist. (...)

Die **Subjektstellung** des Kindes, deren wichtigster Ausdruck das Recht auf Partizipation ist, zeichnet sich dadurch aus,

- dass das Kind als Individualität im Sinne eines „Wesens mit eigener Würde“ verstanden wird, das „nie zum bloßen Mittel herabgewürdigt werden“ darf,
- dass seine Eigenaktivität als ursprüngliches Recht auf Entwicklung zu achten und zu fördern ist und
- dass sein Recht auf Entfaltung seiner Persönlichkeit zu verwirklichen ist, indem seine Selbstbestimmtheit beim Hineinwachsen in Freiheit und Verantwortung ungetastet bleibt.

**Nichtdiskriminierung** besagt, dass insbesondere Geschlecht, Sprache, Religion, ethnische oder soziale Herkunft oder Behinderungen keine Unterschiede bei der Verwirklichung der Rechte des Kindes rechtfertigen.

Der **Vorrang des Kindeswohls** beinhaltet ein rechtlich zwingendes Abwägungsgebot, bei allen Kinder betreffenden Maßnahmen die Interessen des Kindes als vorrangigen Gesichtspunkt zu berücksichtigen.

**Die Achtung von Individualität, Eigenaktivität und Selbstbestimmtheit des Kindes ohne jede Diskriminierung unter Berücksichtigung des Vorrangs seiner Interessen bilden daher einen auch das Bildungswesen verpflichtenden Maßstab.** (...)

Vor dem Hintergrund dieser allgemeinen völkerrechtlichen Verpflichtungen treten im deutschen Bildungswesen zahlreiche Mängel zutage, die als Rechtsverletzung gewertet werden müssen:

1. **Vernachlässigung sozial benachteiligter Kinder:** Die Bildungsbenachteiligung durch soziale Ungleichheit beruht auf Vernachlässigung sozial benachteiligter Kinder, die nicht nur das Recht auf Bildung aushöhlt, sondern auch im Wider-

spruch zu den allgemeinen Prinzipien der Konvention steht. Verletzt werden das individuelle Recht auf Nichtdiskriminierung und auf Vorrang des Kindeswohls. Die zur Chancengerechtigkeit im gegliederten Schulsystem Deutschlands in Gang gekommene Diskussion muss daher auch die allgemeinen Prinzipien der UN-Kinderrechtskonvention – Subjektorientierung, Nichtdiskriminierung und Vorrang des Kindeswohls – als verbindlichen Maßstab einbeziehen.

2. Diskriminierung von Kindern mit Auffälligkeiten und Behinderungen; Die Zuordnung von Kindern mit Auffälligkeiten und Behinderungen zu bestimmten Schulformen legt normative Vorgaben vorgegeblicher Normalität und entsprechende Klassifizierungen nach Defiziten zugrunde, die dem Recht des Kindes auf Achtung seiner Individualität widersprechen. Jedes Kind ist 'seine eigene Norm'; es hat Anspruch darauf, statt an fremddefinierten Defiziten an den Möglichkeiten seines individuellen Begabungsprofils gemessen zu werden. (...).

3. Ausschluss vom gemeinsamen Unterricht: Der mit Defiziten begründete Ausschluss vom gemeinsamen Unterricht, insbesondere von Kindern mit Behinderungen, ist eine der UN-Kinderrechtskonvention widersprechende Diskriminierung. Kinder haben grundsätzlich Anspruch auf Förderung in der Gemeinschaft zusammen mit allen anderen Kindern – „Inclusion“. Statt nach Defiziten ausgesondert zu werden, muss an der Individualität des Kindes und seinem individuellen Förderbedarf abgelesen werden, welche Unterrichtsform für es die beste ist. Dafür kann auch die Förderung in besonderen Gruppen oder Einrichtungen erforderlich

sein. Maßgebend ist das Recht jedes Kindes auf Entwicklung und Entfaltung als Individualität. (...).

4. Verletzung des Rechts auf Partizipation: Die Schulmitwirkungsgesetze der Länder bieten die Grundlage dafür, dass sich Kinder und Jugendliche an der Gestaltung ihrer Schule aktiv beteiligen können. So sind Schülervertretungen z.B. von der Schulleitung oder der zuständigen Konferenz vor grundsätzlichen Entscheidungen, vor allem über die Organisation der Schule und die Leistungsbewertung, zu hören. Inhalt, Planung und Gestaltung des



Nguyen Thi Dieu Huyen, 10 J., Thach Ha/Vietnam

Unterrichts sind mit den Klassenschülerschaften zu erörtern (...).

#### IV. Die Rechte des Kindes als Leitbild der Schule

(...) Die gegenwärtige schulpolitische Diskussion bietet die Chance, – durch Stärkung der Subjektstellung des Kindes als eigenständige Persönlichkeit, – durch vorbeugenden Schutz gegen jede Diskriminierung und – durch strukturelle Vorkehrungen zum Vorrang des Kindeswohls eine grundlegende Anpassung der künftigen Entwicklung an Geist und Zielsetzungen der UN-Kinderrechtskonvention vorzunehmen. (...)

Fortschritte in Richtung einer weitergehenden Verwirklichung der Rechte des Kindes sind auf folgenden Problemfeldern zu fordern:

1. Achtung der Würde als eigenständige Persönlichkeit (...),
2. Freiheit und Verantwortung, Initiative und Mündigkeit (...),
3. Schule als individueller Entfaltungsraum (...),
4. Förderung von Begabungsvielfalt (...),
5. Beachtung des Kindeswohlvorrangs bei allen schulischen Maßnahmen (...)

*Den vollständigen Text des Diskussionspapiers gibt es als*

*Download unter:*

*www.national-coalition.de.*

*Kontakt: National Coalition, Geschäftsstelle c/o Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Telefon 030/40040200, E-Mail: info@national-coalition.de*

## Kinderrechte im deutschen Schulwesen

Offenes Forum am  
11./12.11.2005 in Berlin

Die im Diskussionspapier der National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland (NC) formulierten „Bildungsthesen“ verfolgen das Ziel, die gegenwärtige bildungspolitische Diskussion um die notwendige konzeptionelle und strukturelle Weiterentwicklung der Schule durch weithin übersehene rechtliche Gesichtspunkte anzureichern.

Im Rahmen des sog. 11. Offenen Forums der National Coalition sollen alle bei der aktiven Gestaltung der „Lebenswelt Schule“ beteiligten „Akteure“ zusammen gerufen werden, um die o.g. Bildungsthesen zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Eingeladen sind Lehrer/-innen, Schüler/-innen, Eltern, Akteure der Kinder- und Jugendhilfe und die politischen Verantwortungsträger. Sie alle sollen ermutigt und motiviert werden, die Rechte des Kindes im Deutschen Schulwesen zu stärken, indem gemeinsam das Projekt in Angriff genommen wird, das „Gesamtsystem Schule“ zu erneuern.

*Infos & Kontakt: National Coalition, Claudia Kittel und Kirsten Schweder,*

*Telefon 030/40040200, E-Mail:*

*info@national-coalition.de*

*www.national-coalition.de*

## „Wir Indianer kennen keinen Schmerz!“ Gesundheitsförderung in der Jungenarbeit

LVR  
Landesjugendamt

Fachkonferenz „Praxis der Jungenarbeit 6“  
am 08.12.2005 in Köln

„Neue Gesundheitsrisiken bei Kindern als Herausforderung für die Kinder- und Jugendhilfe!“. Die Experten/-innen bei der 14. Arbeitstagung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft für Jugendfragen (im September 2004) waren sich einig, dass stärker als bislang die Probleme in den Blick genommen werden sollten, die sich aus den veränderten bzw. sich verändernden Lebensbedingungen für die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ergeben.

„Krankheit hat ein Geschlecht, sie ist männlich oder weiblich“, so die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bereits 1986. Auch in der Jungenarbeit war Gesundheit immer schon ein zentrales Thema, spätestens seit Dieter Schnack und Rainer Neutzling mit „Kleine Helden in Not“ jungenspezifische Gesundheitsaspekte z.B. mit dem Hinweis auf jungenspezifische Sucht-, (Selbst-)Gefährdungs- und Sterblichkeitsrisiken veröffentlichten.

Was aber ist Gesundheit? „Nur“ das Gegenteil von Krankheit? Die subjektiven und objektiven Wahrnehmungen rund um diesen Begriff sind vielfältig – und hängen immer auch vom konkreten Verwendungszusammenhang ab. Nach der Definition der WHO bezeichnet Gesundheit einen Zustand

vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohls – und nicht nur die Abwesenheit von Krankheit.

Ausgehend von der Position „Wir Indianer kennen keinen Schmerz!“ werden bei der Fachkonferenz verschiedene Facetten des Themas „Jungen und Gesundheit“ beleuchtet:

- *physische* Aspekte (gesunde Ernährung, Umgang mit Gesundheit/Krankheit, Körperwahrnehmung, Bewegung, Verhütung),
- *psychische* Aspekte (Umgang mit Ängsten, emotionale Kompetenz, die [Selbst-] Zufriedenheit der Jungen) sowie
- *soziale* Aspekte (der Zusammenhang von Armut und Gesundheit, die Sorge von Jungen um das Wohl Anderer).

Anders formuliert geht es um die sehr grundsätzliche Frage der Selbstsorge als umfassende Kunst einer gesunden Lebensführung – und wie Jungenarbeit dazu beitragen kann, Jungen und junge Männer entsprechend zu unterstützen und zu fördern.

In der Tradition der bisherigen Konferenzen werden diese Themen und Fragen auf zwei Ebenen diskutiert. Prof. Dr. Klaus Hurrelmann von der Fakultät für Gesundheitswissenschaft-

ten/Universität Bielefeld wird Erkenntnisse der Gesundheitsforschung präsentieren und daraus Anforderungen für eine spezifische „Jungenförderung“ ableiten. In mehreren Praxisforen werden Ansätze und Erfahrungen aus Projekten mit Jungen vorgestellt, die jeweils unterschiedliche Aspekte von Gesundheit behandeln:

1. Dieter Bohlen meets Sexualpädagogik – Körper, Fruchtbarkeit und sexuelle Gesundheit als Themen für die Jungenarbeit
2. K(l)eine Helden in Not – ist Gesundheit ein Thema für Jungs? Aspekte der vernetzten Gesundheitsförderung von Kindern und Familien in der Offenen Arbeit im Sozialraum Alt-Oberhausen
3. Leistung und Erfolg im Sport – und was das mit Gesundheit zu tun hat
4. Schmeckt Dir das?! – Jungenarbeit mit Schülern der Sek. I
5. Ernährung, Bewegung & Gesundheit Jungs frühzeitig „schmackhaft“ machen – Präventive Arbeit mit Schülern in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich

Eingeladen sind *männliche* Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe sowie aus dem Bereich Schule. Der Teilnehmerbeitrag beträgt 30,- EUR; Anmeldeschluss ist der 11.11.2005

Infos & Kontakt: Alexander Mavroudis,  
Telefon 0221/809-6932, E-Mail:  
alexander.mavroudis@lvr.de



Akinjeneye Christophe, 14 J., Kigali/Rwanda



Noch nie haben sich so viele fröhliche, positiv gestimmte und kontaktfreudige junge Menschen aus allen Teilen der Welt in unserer rheinischen Region versammelt. Ausschließlich positiv bewertet wurde dieses Bild der Jugend anlässlich des Weltjugendtages in Köln. Aber ein Erfolg wurde es nicht zuletzt auch deshalb, weil sich so viele helfende Hände aus allen Teilen des öffentlichen und privaten Lebens solidarisch zeigten und anpackten – manchmal auch ganz unkonventionell, wenn es nötig wurde.

Ein solcher gesellschaftlicher Konsens ist auch nötig, um der Jugend-

arbeitslosigkeit zu begegnen: Der nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland (Ausbildungspakt) ist einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Die Wirtschaft ist daran zu erinnern, dass sie sich verpflichtet hat, während der dreijährigen Dauer des Paktes im Jahresdurchschnitt 30.000 neue Ausbildungsstellen einzuwerben.

Da, wo der Markt nicht in der Lage ist, allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz oder Arbeit und Beschäftigung zu garantieren, müssen die Instrumente der Arbeitsförderung eingesetzt werden. Die Mittel hierfür dürfen nicht gekürzt werden.

Für die jugendlichen Bewerber, denen die schulischen Voraussetzungen fehlen, müssen die beruflichen und schulischen Erfordernisse besser aufeinander abgestimmt werden. Die Curricula und Unterrichtsinhalte der Klassen 8, 9 und 10 sind gemeinsam von Ausbildung und Schule zu überarbeiten – manchmal auch ganz unkonventionell, wenn es nötig wird.

Michael Mertens

## LVR Landesjugendamt

### Aus dem Inhalt von Heft 3/05:

Schwerpunktthema „Familienberatung: Neue Ziele – neue Wege“:

- Umstrukturierung der Familienberatung in NRW,
- Beratung für Familien mit Migrationshintergrund.
- Beratungsarbeit der Evangelischen Beratungsstelle in Köln.
- Die virtuelle Beratungsstelle: bke-Online-Beratung für Jugendliche und Eltern.
- Die Wirksamkeit der Ehe-, Familien- und Lebensberatung – Studien in den fünf Bistümern in NRW.

Außerdem im Heft: Neues aus dem Landesjugendamt, aus dem Landesjugendhilfeausschuss, zur Offenen Ganztagschule im Primarbereich, Aktuelles zur Gesetzgebung des Bundes und des Landes NRW, Infos rund um die Jugendhilfe (u.a. Neue Ausbildungsgänge in der Sozialen Arbeit), Praxisberichte (u.a. „Prima Klima: Die Praxis des Coolnesstrainings in einer Schule für Erziehungshilfe“), Rezensionen, das Fortbildungsprogramm des LJA Rheinland.

Kontakt: Redaktion  
Christoph Gilles, Tel.: 0221/809-6253  
christoph.gilles@lvr.de

Download unter:  
[www.jugend.lvr.de](http://www.jugend.lvr.de) (Publikationen)

## Impressum

**inform** bietet fachliche Beiträge, redaktionelle Zusammenfassung von Gesetzesneuerungen, Runderlassen, Richtlinien, Rezensionen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

**inform** richtet sich an Fachkräfte, Träger, Verantwortliche von Jugendhilfe & Schule.

**Redaktion:** Alexander Mavroudis/alma, Hans Peter Schaefer/hps. – Kontakt: [alexander.mavroudis@lvr.de](mailto:alexander.mavroudis@lvr.de)

**Fotos:** Die Bilder entstanden im Rahmen des Jugend-Fotoprojektes „Imagine – ein Gemeinschaftsprojekt von Philipp Abrech und Deutscher Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH: [www.imagine.gtz.de](http://www.imagine.gtz.de). Aus diesem Projekt stammt auch das Titelbild der „inform 2/05“, von Molly Orcutt, 15 J., Broken Arrow/USA.

**Textverarbeitung:** Manuela Scholz

**Gestaltung & Grafik:** alma, hps

**Herausgeber:** Landschaftsverband Rheinland, Dez. 4 „Schulen und Jugend“/Landesjugendamt, 50663 Köln; [www.lvr.de](http://www.lvr.de); Verantwortlich: Michael Mertens

**inform** ist kostenlos und erscheint in der Regel viermal jährlich. Bereits erschienene Ausgaben sind dokumentiert unter: [www.lvr.de/jugend/publikationen](http://www.lvr.de/jugend/publikationen).

**Bezug:** [brigitte.schweiger@lvr.de](mailto:brigitte.schweiger@lvr.de)